



SRI LANKA – 15 JAHRE NACH DEM BÜRGERKRIEG:

Das Streben nach Menschen- rechten, Demokratie und Rechtstaatlichkeit

IMPRESSUM

**Sri Lanka – 15 Jahre nach dem Bürgerkrieg:
Das Streben nach Menschenrechten, Demokratie und Rechtstaatlichkeit**

Herausgegeben von:
Sri Lanka Advocacy
c/o Vereinte Evangelische Mission
Rudolfstr. 137
42285 Wuppertal
Email: slanka@gmx.net

Redaktion:
Franziska Koch, mit Unterstützung von Ina Grimm

Übersetzung:
Franziska Koch

Titelfoto:
Kumanan Kanapathippillai

Layout:
Zaadstra Design

Druck:
DieUmweltdruckerei

Stand: September 2024
© Sri Lanka Advocacy, Wuppertal, 2024

Die namentlich gekennzeichneten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Sri Lanka Advocacy wieder. Die Publikation ist bei der Sri Lanka Advocacy unter der Emailadresse slanka@gmx.net zu beziehen.

ISBN 978-3-00-079945-7

INHALT

Abkürzungsverzeichnis	4
Glossar	5
Executive Summary und Forderungen	6
Fact Sheet zu Sri Lanka	8
Der Bürgerkrieg von 1983 – 2009	12
Der Friedens- und Versöhnungsprozess	14
1 Die beklemmende Sackgasse der Nachkriegszeit <i>Ahilan Kadirgamar</i>	16
2 Die Osteranschläge und der Kampf um Gerechtigkeit <i>Ruki Fernando</i>	18
3 Chancen für einen Systemwandel <i>Jehan Perera</i>	20
4 Gewaltsames Verschwindenlassen: Der vergessene Kampf der Mütter <i>Franziska Koch</i>	22
5 Überfällige Landreformen <i>Theodor Rathgeber</i>	24
6 Neuauflage des Kinoflops „Versöhnung“ <i>I. Rathika</i>	26
7 Straffreiheit und internationale Strafverfolgung <i>Andreas Schüller</i>	28
8 Chancen für Frieden und Versöhnung durch gemeinsame Werte und partizipative Entscheidungsfindung <i>Nawaz Mohammed und Kelsey Hampton</i>	30

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

EU	Europäische Union
----	-------------------

GSP+	Generalised Scheme of Preferences Plus (Allgemeines Zollpräferenzabkommen Plus)
------	--

ICCPR	International Covenant on Civil and Political Rights (Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte)
-------	--

LGBTQIA+	Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual / Transgender, Queer, Intersexual, Asexual (Lesbische, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle / Transgender, Queere, Intersexuelle, Asexuelle Menschen). Das + dient als Platzhalter für weitere Geschlechtsidentitäten und sexuelle Orientierungen.
----------	--

LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam (Befreiungstiger von Tamil Eelam)
------	---

NGO	Non-Governmental Organisation (Nichtregierungsorganisation)
-----	--

OMP	Office on Missing Persons (Büro für vermisste Personen)
-----	--

PTA	Prevention of Terrorism Act (Anti-Terrorismus Gesetz)
-----	--

UN	United Nations (Vereinte Nationen)
----	---------------------------------------

GLOSSAR

Aragalaya (dt. Kampf):

Landesweite Protestbewegung, die sich im März 2022 gegen die Wirtschaftspolitik der sri-lankischen Regierung formiert hatte. Ihre Aktivitäten fanden hauptsächlich in prominenter Lage vor dem Amtsgebäude des Präsidenten in Colombo am Galle Face statt. Nachdem die Protestierenden ihr Ziel („Go Home Gota“) erreicht hatten und der amtierende Präsident Gotabaya Rajapaksa mit Teilen seines Kabinetts das Land verlassen hatte, löste der neue Präsident Ranil Wickremesinghe die Protestbewegung im Juli 2022 gewaltsam auf.

Gewaltsames Verschwindenlassen

(engl. Enforced Disappearance):

Verbrechen, das die geheime Festnahme, Inhaftierung oder Entführung durch staatliche Akteur:innen beinhaltet. Gleichzeitig wird diese Praxis gegenüber der Öffentlichkeit geleugnet.

GSP+ – Generalised Scheme of Preferences Plus (Allgemeines Zollpräferenzabkommen Plus):

Einseitige Handelserleichterung, die Zölle für sogenannte Entwicklungsländer auf entsprechende Ausfuhr Güter auf null Prozent senkt. Bedingung dafür ist die Umsetzung von 27 internationalen Konventionen in den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsrechte, Umwelt- und Klimaschutz sowie verantwortungsvolle Staatsführung.

ICCPR – International Covenant on Civil and Political Rights (Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte):

Völkerrechtlicher Vertrag, der Schutz- und Freiheitsrechte garantiert. Darunter das Folter- und Sklavereiverbot sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit. Zusammen mit dem UN-Sozialpakt und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bildet er die grundlegenden UN-Menschenrechtsabkommen. In 2007 setzte Sri Lanka den UN-Zivilpakt mit dem ICCPR Act (Nr. 56/2007) in nationales Recht um. Der nationale ICCPR Act hat nur den Namen mit dem ICCPR gemein, denn Sri Lanka nutzt das Gesetz missbräuchlich, um regierungskritische Stimmen zu unterdrücken.

Indische Hochlandtamil:innen:

Bevölkerungsgruppe in Sri Lanka, deren Vorfahren ab 1840 unter der britischen Kolonialherrschaft aus Südindien nach Sri Lanka gebracht wurden und dort als Plantagenarbeiter:innen im Hochland eingesetzt wurden. Sie unterscheiden sich sprachlich und kulturell von den sri-lankischen Tamil:innen.

LTTE – Liberation Tigers of Tamil Eelam:

Paramilitärische Organisation, die zwischen 1983 und 2009 im Bürgerkrieg gegen die staatlichen Streitkräfte für die Unabhängigkeit des Nordens und Ostens Sri Lankas vom Rest des Landes kämpfte.

OMP – Office on Missing Persons

(Büro für vermisste Personen):

Mechanismus der Übergangsjustiz, mit dem versucht wird, den Verbleib von Opfern von Verschwindenlassen aufzuklären. Das OMP wird von Menschenrechtsorganisationen und Opferverbänden kritisiert, weil es bislang keine nennenswerten Ergebnisse produziert hat und Mitarbeitenden vorgeworfen wird selbst in Kriegsverbrechen verwickelt gewesen zu sein.

PTA – Prevention of Terrorism Act

(Anti-Terrorismus Gesetz):

Gesetzgebung zur Bekämpfung von Terrorismus, die von praktisch allen sri-lankischen Regierungen der letzten 40 Jahre missbräuchlich eingesetzt wurde, um Dissens zu unterdrücken und insbesondere tamilische und muslimische Minderheiten zu kriminalisieren. Unter dem PTA können Inhaftierte bis zu 18 Monate ohne Anklage festgehalten werden. Kautions- und Rechtsbeistand werden PTA-Inhaftierten regelmäßig verwehrt.

EXECUTIVE SUMMARY

Dieses Dossier analysiert den Stand der Menschenrechte, der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Sri Lanka anlässlich des 15. Jubiläums des Bürgerkriegsendes. Die Beiträge der Autor:innen beleuchten die Zeit nach Kriegsende mit dem stagnierenden Aufarbeitungs- und Versöhnungsprozess, den Osteranschlägen, der anhaltenden Wirtschaftskrise und den Aragalaya-Protesten von 2022. Die Artikel bieten einen Ausschnitt sri-lankischer und internationaler Stimmen zu den andauernden und aktuellen Problemen des Inselstaats. Sie bilden den vielfältigen sri-lankischen Gesellschaftsdiskurs zu menschenrechtlichen, demokratischen und friedenspolitischen Fragestellungen ab.

Wer sich mit der Nachkriegszeit in Sri Lanka beschäftigt, kommt nicht umhin, die schwelenden ethnischen und religiösen Konflikte wahrzunehmen, die durch die anhaltende Straffreiheit für die Verbrechen des Bürgerkriegs und die staatlichen Repressionen gegen die Zivilgesellschaft befeuert werden. Ahilan Kadirgamars Aufruf, die beklemmende Sackgasse der Nachkriegszeit zu verlassen und nach ganzheitlichen Lösungen für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit zu suchen, ist zugleich eine scharfe Analyse der Prioritäten des Wiederaufbaus in der Nachkriegszeit und der ethno-nationalistischen Politik der singhalesisch-buddhistischen Bevölkerungsmehrheit. Er appelliert an seine sri-lankischen Mitbürger:innen sich von ethno-nationalistischen Ideen zu lösen.

Ruki Fernando zeigt die Unzulänglichkeiten des sri-lankischen Rechtssystems am Beispiel der Aufarbeitung der Osteranschläge auf und kritisiert den fehlenden Schutz von Minderheiten durch den Staat. Er fordert, dass eine umfassende Gerechtigkeit neben der Wahrheitssuche und der Strafverfolgung für Täter:innen auch angemessene Reparationen beinhalten muss. Auch er sieht die Lösung für umfassende Gerechtigkeit im gesellschaftlichen Zusammenschluss über ethnische, religiöse und geografische Grenzen hinweg.

Unsere Autor:innen sind sich einig: eine Zukunftsvision für Sri Lanka muss auf Demokratie, Gleichheit und Freiheit aufbauen. I. Rathika ordnet die bisherigen Bemühungen der Übergangsjustiz kritisch ein und fordert von politischen Entscheidungsträger:innen ein aufrichtiges Engagement, damit der Aufarbeitungs- und Versöhnungsprozess inklusiver und nachhaltiger gestaltet werden kann. Dazu seien auch rechtliche und institutio-

nelle Reformen notwendig, denn nur so könne die Vergangenheit unabhängig, transparent und konsequent aufgearbeitet werden. Theodor Rathgeber betont die Notwendigkeit von Landreformen und deren Potential für einen umfassenden Gerechtigkeitsprozess, auch für marginalisierte Gruppen, wie etwa für Frauen und die indischen Hochlandtamil:innen.

Nawaz Mohammed und Kelsey Hampton erkunden neue Wege der Versöhnung. Sie schreiben der Vertrauensbildung und dem Abbau von polarisierenden Meinungen durch die Betonung der gemeinsamen Geschichte und Werte sowie der Partizipation von traditionell marginalisierten Gruppen, wie etwa Jugendlichen, in Entscheidungsfindungsprozessen eine zentrale Bedeutung im Friedens- und Versöhnungsprozess zu. Auch Franziska Koch untersucht eine marginalisierte Gruppe und ihren Beitrag in der Rechenschafts- und Versöhnungsbewegung des Landes: die Mütter von Verschwundenen. Dabei wird auch die Rolle von geschlechtsbezogener Gewalt als anhaltende Herausforderung für eine gleichberechtigte Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen deutlich.

Jehan Perera beleuchtet die Kernforderungen der studentischen Aragalaya-Protestbewegung: Korruptionsbekämpfung, demokratische Wahlen und eine politische Lösung für den anhaltenden ethnischen Konflikt. Die Proteste deutet er als hoffnungsvolles Zeichen des Aufbruchs einer neuerlich politisch-emanzipierten Zivilgesellschaft, die im Herbst 2024 mit den Wahlen die Möglichkeit hat, den gewünschten Systemwandel zu institutionalisieren.

Andreas Schüller zeigt die verschiedenen Möglichkeiten der strafrechtlichen Verfolgung von Menschenrechtsverbrechen in Sri Lanka auf. Da die nationalen Bemühungen hierzu bislang nicht Erfolg versprechend sind, appelliert er an die internationale Gemeinschaft, einen UN-Untersuchungsmechanismus einzurichten.

FORDERUNGEN

Um die Vision unserer Autor:innen von einem friedlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Sri Lanka zu verwirklichen, fordert die Sri Lanka Advocacy, dass

- unabhängige Ermittlungen unter internationaler Beteiligung zu Kriegsverbrechen, insbesondere zum Verschwindenlassen und geschlechtsbezogener Gewalt, durchgeführt werden;
- politische Prozesse zur Übergangsgerechtigkeit und Versöhnung inklusiv gestaltet werden, insbesondere marginalisierte Gruppen (Frauen, Kinder, Menschen mit Beeinträchtigung/ Behinderung) in die Gestaltung und Umsetzung einbezogen werden;
- die Büros für vermisste Personen (Office on Missing Persons) und Wiedergutmachung (Office for Reparations) mit unabhängigen Mitgliedern besetzt und mit angemessenen Befugnissen und Ressourcen ausgestattet werden;
- Sri Lanka das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs ratifiziert;
- die Überwachung, Belästigung und Gewalt durch Sicherheitskräfte gestoppt und illegal beschlagnahmtes Land durch das Militär zurückgegeben wird;
- freie und faire Wahlen verfassungskonform durchgeführt werden;
- rechtsstaatliche Reformen u. a. zu den Verfügungsrechten des Generalstaatsanwalts und dem Begnadigungsrecht des Präsidenten entwickelt und implementiert werden;
- ein offizielles Moratorium der Nutzung des Prevention of Terrorism Act (PTA) erreicht wird;
- die nationale Gesetzgebung des International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR) Acts entsprechend der UN-Konvention umgesetzt und angewendet wird;
- Rechtsbeistand für PTA- und ICCPR-Inhaftierte gewährleistet wird, Fälle ohne Rechtsgrundlage eingestellt und unabhängige Untersuchungen zu allen Fällen von unverhältnismäßiger Gewaltanwendung

oder willkürlicher Inhaftierung durch Sicherheitskräfte ggf. in Strafverfahren überführt werden;

- eine neue Anti-Terror-Gesetzgebung verabschiedet wird, die internationalen Menschenrechtsstandards entspricht und bei deren Reform die sri-lankische Zivilgesellschaft im Gesetzgebungsprozess konsultiert wird.

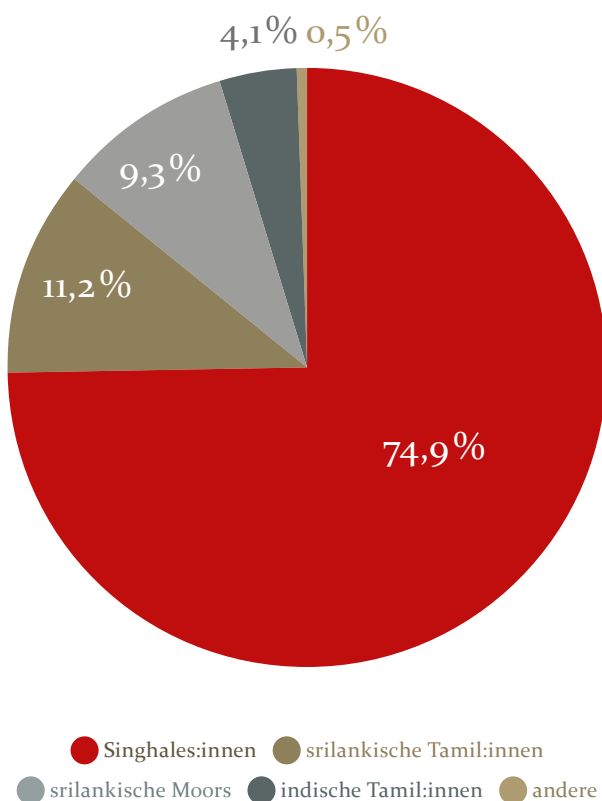
Die deutsche Bundesregierung kann die Bemühungen konkret unterstützen, indem sie

- eine zusätzliche diplomatische Stelle mit Menschenrechtsfokus in der Botschaft in Colombo einrichtet, wie es im Koalitionsvertrag bereits im Grundsatz für Länder mit problematischer Menschenrechtssituation angestrebt und beschlossen wurde;
- freie und faire Wahlen sowie eine Wahlbeobachtungsmission durch die EU fordert;
- die Abschaffung des PTA und die Reform der Anti-Terror-Gesetzgebung nach internationalen Menschenrechtsstandards zu prioritären Aspekten für die Fortsetzung des GSP+-Abkommens macht;
- ihre technische Unterstützung z. B. durch Expert:innen austausch, Schulungen und Equipment zur forensischen Untersuchung von Kriegsverbrechen und Massengräbern anbietet;
- Anti-Korruptionsinitiativen durch konkrete technische und finanzielle Angebote unterstützt, z. B. in der Ausbildung von Strafverfolgungs- und Justizbeamten;
- gegen die Verantwortlichen von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen individuelle Sanktionen (Reiseverbote, das Einfrieren von Vermögenswerten) verhängt;
- Ermittlungen nach dem Weltrechtsprinzip einleitet.

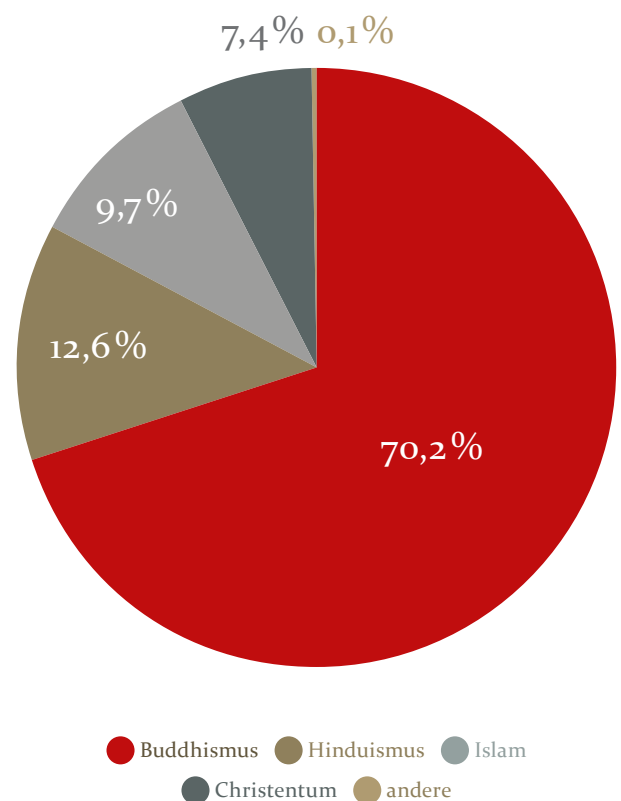
FACT SHEET ZU SRI LANKA

Die Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka liegt im Indischen Ozean und wird geographisch in drei Zonen eingeteilt: das Zentrale Hochland, die Tieflandebenen und den Küstengürtel. Während die tropischen Küstenregionen viele Tourist:innen anziehen, befinden sich im gemäßigten Klima des Zentralen Hochlands die Mehrzahl der Teeplantagen. Unter der konsekutiven Kolonialherrschaft Portugals, den Niederlanden und Großbritanniens hieß der Inselstaat bis 1972 Ceylon – der Name wird auch heute noch in der Tee- und Gewürzvermarktung häufig genutzt.

Bevölkerungsgruppen (Sri Lanka Census 2012)



Religionszugehörigkeit (Sri Lanka Census 2012)



Sri Lanka ist eine multi-ethnische, multi-linguale und multi-religiöse Gesellschaft, in der es eine starke Überschneidung zwischen Religion und ethnischer Zugehörigkeit gibt. Der Großteil der Buddhist:innen (70 %) gehört der singhalesischen Mehrheitsbevölkerung an.

Die meisten der hinduistischen (13 %) und christlichen (7 %) Minderheiten sind Tamil:innen. Die 10 Prozent tamilischsprachige Muslime identifizieren sich nicht als Tamil:innen sondern als Moors.

Hauptstadt (de-facto) Colombo

Amtssprachen	Sinhala, Tamil
Landfläche	61.860 km ² (Deutschland im Vergleich: 349.390 km ²)
Bevölkerung	22 Millionen (Deutschland im Vergleich: 84 Millionen)



Wirtschaft

Im April 2022 musste Sri Lanka alle Zahlungen an seine Auslandsgläubiger:innen einstellen. Ein Jahr später bewilligte der Internationale Währungsfonds (IWF) ein Rettungspaket von 2,6 Milliarden Euro – unter Auflage von strengen Sparmaßnahmen, die insbesondere die arme Bevölkerung hart treffen. Diese leidet unter der hohen Inflation und Versorgungsengpässen. Die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten, wie etwa für Lebensmittel, Medikamente und Elektrizität, haben sich seit 2021 fast verdoppelt. Viele Haushalte haben sich verschuldet, um die steigenden Preise für Lebensmittel, Medikamente und Kraftstoffe zahlen zu können. Solche, die keine Kredite erhalten, verlieren ihren gesicherten Zugang zu Nahrung sowie zum Gesundheits- und Bildungssystem. Laut einer Erhebung der UN im Oktober 2022 leben rund 42 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze und etwa die Hälfte ist von multidimensionaler Armut betroffen. Etwa 70 Prozent der Bevölkerung musste ihre Nahrungsaufnahme einschränken oder konnte sich nicht ausreichend mit medizinischen Hilfsmitteln versorgen. Insbesondere frauengeführte Haushalte, Kinder, Menschen mit Beeinträchtigung / Behinderung und ältere Personen sind von Nahrungsunsicherheit bedroht.

Landwirtschaft ist weiterhin ein wachsender Wirtschaftszweig in Sri Lanka, insbesondere die Tee-, Gewürz- und Kautschukproduktion. Sri Lankas Wirtschaft ist stark vom Export dieser landwirtschaftlichen Güter abhängig jedoch unternimmt der Staat wenig, um die desolaten Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Plantagen zu verbessern. Auf den Teeplantagen im Hochland leben mehr als die Hälfte der Menschen in absoluter Armut. Teepflücker:innen müssen täglich 22 Kilogramm Tee pflücken, um den Mindestlohn von umgerechnet 3 Euro zu erhalten und können damit kaum ihre Grundbedürfnisse befriedigen. Als Reaktion auf die

hohe Inflation von ca. 16 Prozent erhöhte die sri-lankische Regierung im Mai 2024 den Mindestlohn in den Teeplantagen auf umgerechnet 5 Euro. Doch die Plantagenunternehmen weigern sich bislang diese neue gesetzliche Vorgabe umzusetzen. Hauptabnehmer:innen der Tee-, Kaffee- und Gewürzerzeugnisse sind die USA, Großbritannien und Deutschland.

Seit einigen Jahren positioniert sich Sri Lanka als Standort für Textilverarbeitung. Textilwaren stellen im Jahr 2021 ca. 42 Prozent der sri-lankischen Exportgüter. Sie werden hauptsächlich in EU-Länder verkauft. Sri Lanka profitiert dabei enorm von dem EU-Zollpräferenzabkommen (GSP+). Die Summe der Zollerlässe auf qualifizierte Exportgüter belief sich im Jahr 2021 auf 300 Millionen Euro. Dies entspricht ca. 0,5 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) Sri Lankas. Obwohl das GSP+ Abkommen die Ratifizierung und Implementierung von Menschenrechts- und Arbeitsschutzabkommen zur Bedingung macht, mahnen inländischen Gewerkschaften und internationalen Arbeitsschutzorganisationen seit Jahren die Arbeits- und Lebensbedingungen der Textilarbeiter:innen an und kritisieren die fehlenden staatlichen Schutzmaßnahmen.

Die verarbeitende Industrie und der tertiäre Sektor, insbesondere der Tourismus, werden seit Ende des Bürgerkriegs immer wichtiger. Außerdem tragen Rücküberweisungen von sri-lankischen Arbeiter:innen aus dem Ausland im hohen Maße zu den Devisen bei. Laut der Zentralbank Sri Lankas sind Rücküberweisungen im Jahr 2023 um ca. 57 Prozent angestiegen. Etwa ein Drittel der jährlich 200.000 sri-lankischen Arbeitsmigrant:innen gehen nach Saudi-Arabien, um dort als Haushaltshilfen, Fahrer oder im Baugewerbe eine Anstellung zu finden.

Der Arbeitsmarkt

- Die Arbeitslosenquote liegt bei durchschnittlich 6 Prozent.
- Die Arbeitslosenquote von Frauen liegt bei 10 Prozent und die Jugendarbeitslosenquote bei 25 Prozent.

- Es gibt einen hohen Anteil (ca. 60 Prozent) an informeller Erwerbstätigkeit.

- Insbesondere Frauen arbeiten ohne formale Arbeitsverträge und sind dadurch vulnerabel, da ihnen der Zugang zu arbeitsrechtlichen Schutzmaßnahmen und Sozialleistungen fehlt.

Frauenrechte

Sri Lanka gilt hinsichtlich der Situation von Frauen als eines der fortschrittlichsten Länder in Südasien, denn ...

- + Die Verfassung garantiert die Gleichheit der Geschlechter in Artikel 12.
- + Seit 1931 gilt das Frauenwahlrecht, und im Jahr 1960 wurde die weltweit erste weibliche Premierministerin gewählt.
- + Die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) ist seit 1981 ratifiziert; das Zusatzprotokoll seit 2002.
- + 2016 wurde eine Frauenquote in der Kommunalpolitik eingeführt; eine Quote ist auch für die Provinzräte geplant.
- + Die Alphabetisierungsrate von Frauen (89%) und Männern (94%) ist hoch.
- + Die Lebenserwartung von Frauen (80 Jahre) und Männern (74 Jahren) ist hoch.
- + An Universitäten sind mehr Frauen als Männer eingeschrieben.

Doch das patriarchale Rollenverständnis und die sich daraus ableitenden Machtverhältnisse herrschen in Sri Lanka weiterhin vor und verursachen grundlegende Probleme:

- Der Frauenanteil im nationalen Parlament und in der Kommunalpolitik liegt bei nur 5 Prozent.
- Männer sind doppelt so häufig lohnenerwerbstätig wie Frauen und verdienen für den gleichen Job im Schnitt 27 Prozent mehr.
- Laut dem Gesetz zur Verhinderung von häuslicher Gewalt ist Vergewaltigung in der Ehe nur strafbar, wenn sie zur Trennung des Paares führt.
- 90% der Frauen und Mädchen geben an, mindestens einmal in ihrem Leben in öffentlichen Verkehrsmitteln sexuell belästigt worden zu sein.
- Kein legaler und sicherer Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen, auch nicht in Fällen von Vergewaltigung und Inzest.
- Die Verfassung gewährt der muslimischen Gemeinschaft ein Sonderrecht zur Verheiratung von minderjährigen Mädchen über den Muslim Marriage and Divorce Act von 1951, obwohl das Heiratsminimum bei 18 Jahren liegt.

LGBTQIA+

Gleichgeschlechtliche Beziehungen werden im Strafgesetzbuch kriminalisiert und mit Geld- oder Freiheitsstrafe bis zu 10 Jahren geahndet. In den letzten 50 Jahren wurden nur wenige Fälle von „Geschlechtsverkehr gegen die natürliche Ordnung“ und „grob unsittlichem Ver-

halten“ strafrechtlich verfolgt, allerdings erfahren Menschen der LGBTQIA+ Gemeinschaft regelmäßig Drohungen, Erpressungen und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt sowie Zurückweisung durch ihre Gemeinschaft und Familie.

Sri Lanka teilt sich administrativ in neun Provinzen und 25 Distrikte auf. Die inoffizielle Teilung des Landes in Süd / Westen und Nord / Osten bedingt sich insbesondere durch die geographische Verteilung der singalesischen und tamilischen Bevölkerung. Die offizielle Teilung und Errichtung eines unabhängigen tamilischen Staats im Norden und Osten Sri Lankas war das erklärte Ziel der LTTE.



Politische Situation in Zahlen

	Beurteilung	Ranking
Atlas der Zivilgesellschaft (CIVICUS 2023)	Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft ist beschränkt	–
Demokratieindex (The Economist 2023)	unvollständige Demokratie	70 / 167 Staaten
Freedom Index (Freedom House 2024)	Nur teilweise freie Entfaltung der bürgerlichen und politischen Rechte	–
Gender Inequality Index (UNDP 2023)	Gravierende Defizite in politischer und wirtschaftlicher Teilhabe für Frauen	92 / 170 Staaten
KidsRights Index (Kidsrights Foundation 2023)	–	150 / 193 Staaten
Press Freedom Index (Reporter ohne Grenzen 2024)	sehr ernste Lage der Pressefreiheit	150 / 180 Staaten

DER BÜRGERKRIEG VON 1983 – 2009

Die singhalesischen Regierungstruppen bekämpften zwischen 1983-2009 die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) – eine paramilitärische Separatistenbewegung, die einen unabhängigen Staat in den tamilischen Siedlungsgebieten im Norden und Osten Sri Lankas gründen wollte. Nach Schätzungen der UN forderte der Konflikt insgesamt über 100.000 Todesopfer; 40.000 davon sollen in der letzten Militäroffensive seit November 2008 umgekommen sein. In den letzten drei Monaten des Konflikts umzingelt die sri-lankische Armee die LTTE-Truppen in Mullivaikkal,

1948

Sri Lanka erlangt
die Unabhängigkeit

Die singhalesische Mehrheit will nach der Benachteiligung in der Kolonialzeit ihre Machtansprüche durchsetzen, z. B. durch den „Ceylon Citizenship Act“, der ca. 700.000 indischen Tamil:innen ihre Bürgerrechte entzieht.

1978

Buddhismus wird als Staatsreligion
in der Verfassung verankert

16. Jh.

Kolonisierung

Im 16. Jahrhundert wird Sri Lanka von den Niederlanden und Portugal kolonialisiert. Ab 1815 steht die Insel unter britischer Kolonialherrschaft. Während der britischen Besatzung werden überwiegend Tamil:innen in der Verwaltung eingesetzt und aus Sicht der Singhales:innen bevorzugt.

1956

Sinhala Only Act

Durch den „Sinhala Only Act“ wird Singhalesisch zur einzigen Amtssprache und hindert viele Tamil:innen daran im öffentlichen Dienst zu arbeiten. Es kommt 1956 und 1958 zu gewalttätigen Unruhen, bei denen tausende Tamil:innen Opfer von Verschwindenlassen werden.

23. Juli 1983

Beginn des Bürgerkriegs

Die LTTE erhält aufgrund der zunehmenden Unterdrückung der tamilischen Bevölkerung immer mehr Zulauf. Der Anschlag, den die LTTE im Juli 1983 verüben und bei dem 13 Militärangehörige sterben, gilt als Beginn des Bürgerkriegs. Es kommt landesweit zu Pogromen gegen Tamil:innen (Black July).

auf einer Landzunge an der Nordostküste des Landes, zusammen mit schätzungsweise 130.000 vertriebenen und hungernden Zivilist:innen. Die Verweigerung humanitärer Hilfe, die direkten Angriffe auf (behelfsmäßige) Krankenhäuser und die wahllosen Angriffe durch das Militär – selbst in Feuerverbotzonen – in dieser Zeit sind Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Den staatlichen Streitkräften werden außerdem Vergewaltigungen, außergerichtliche Tötungen, Folter und gewaltsames Verschwindenlassen vorgeworfen.

1987

Indien interveniert

Indien entsendet Peacekeeping-Truppen und handelt einen Friedensvertrag aus, der den Tamil:innen eine weitreichende Autonomie in einem festgelegten Gebiet zusichert. Nach einem verlustreichen Guerillakrieg mit den LTTE zieht sich Indien im Mai 1990 aus dem Konflikt zurück.

2002 / 2003

Vermittlungen durch Norwegen

Norwegen vermittelt zwischen der Regierung und den LTTE ein Friedensabkommen. Doch es kommt zu zahlreichen Verletzungen des Waffenstillstands.

2006

Militäroffensive der Regierung nach gescheiterten Friedensgesprächen

Januar 1995

Kurzzeitiger Frieden

Die LTTE unterzeichnet ein Friedensabkommen, das 3 Monate später durch sie selbst gebrochen wird. Im Januar 1996 verüben die LTTE mehrere Attentate, u. a. auf die Zentralbank in Colombo.

2005

Sri-lankischer Außenminister wird durch LTTE ermordet

18. Mai 2009

Ende des Bürgerkriegs

Nach über 25 Jahren endet der Bürgerkrieg mit dem vollständigen militärischen Sieg der sri-lankischen Regierungstruppen über die LTTE.

DER FRIEDENS- UND VERSÖHNUNGSPROZESS

Die verschiedenen Regierungen Sri Lankas haben in der Vergangenheit zahlreiche Versuche unternommen, um die schweren Menschenrechtsverstöße und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Kontext des Bürgerkriegs zu untersuchen. Doch die meisten Mechanismen werden durch Menschenrechtsexpert:innen und Opferverbände scharf kritisiert, da sie ohne internationale Beteiligung durchgeführt

2010

Kommission für Lessons Learnt und Versöhnung

Die Kommission ist mit der Untersuchung des gescheiterten Waffenstillstands von 2002 beauftragt. Sie stellt fest, dass Zivilist:innen unabsichtlich getötet wurden und niemand dafür verantwortlich gemacht werden kann. Menschenrechtsgruppen kritisieren, dass die Kommission ein Manöver für die internationale Gemeinschaft sei, um von Völkerrechtsverstößen während des Krieges abzulenken.

2015

UN-Resolution 30/1 zur Versöhnung und Rechenschaftspflicht

Die Regierung unter Präsident Sirisena unterstützt die Resolution und richtet eine Menschenrechtskommission (HRCSL) sowie ein Büro für verschwundene Personen (OMP) und ein Büro für Wiedergutmachung (Office for Reparations) ein. Es werden jedoch keine juristischen Maßnahmen ergriffen.

2006

Kommission „Udalagama“ zur Untersuchung von schweren Menschenrechtsverletzungen

Der Bericht der Kommission wird erst 2015 veröffentlicht. Er verschwindet in der Bedeutungslosigkeit.

2013

Kommission „Paranagama“ für Beschwerden über Entführungen und Verschwindenlassen

Die Bevölkerung ist hoffnungsvoll, dass die Kommission zur Aufklärung der Verbrechen beitragen und die Täter:innen zur Rechenschaft ziehen kann. Es werden hunderte Beschwerden über Entführungen und Verschwindenlassen aufgenommen. Doch der Bericht und die Empfehlungen der Kommission werden von der sri-lankischen Regierung ignoriert.

2016

Task Force für Versöhnungsmechanismus

Die Task Force, bestehend aus 11 Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, befragt die Bevölkerung zu Mechanismen der Übergangsgerechtigkeit und Versöhnung. Es entstehen detaillierte Empfehlungen an die sri-lankische Regierung, die bislang nicht umgesetzt wurden.

wurden und keine Ergebnisse produziert haben. Trotz der umfangreichen Sammlung von Zeugenaussagen konnte keine der Maßnahmen die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. Häufig wurden Befunde und Empfehlungen früherer Kommissionen gar nicht oder erst Jahre später veröffentlicht. Stattdessen blockieren die Behörden die wenigen strafrechtlichen Ermittlungen.

2019

Sri Lanka entzieht Unterstützung für UN-Resolution 30/1

Nach dem Regierungswechsel besteht die Rajapaksa-Administration auf eine „nationale Lösung“.

2021

UN-Resolution 46/1 schafft internationalen Mechanismus für Beweismittelsicherung

Das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) erhält ein Mandat unter dem Sri Lanka Accountability Project zur Sammlung, Analyse und Verwahrung von Beweisen für Menschenrechtsverletzungen sowie zur Entwicklung von Strategien für künftige Strafverfolgungsprozesse.

2023

Kommission für Wahrheit, nationale Einheit und Versöhnung

Präsident Wickremesinghe legt einen Gesetzesentwurf für eine neue Wahrheitskommission vor. Menschenrechtsexpert:innen und Opferverbände kritisieren die mangelnden Erfolge vergangener Kommissionen und die fehlende Partizipation der Zivilgesellschaft.

2021

Kommission „Nawaz“ zur Aufarbeitung der bisherigen Untersuchungskommissionen

Eine Zusammenfassung der Empfehlungen wird Präsident Wickremesinghe im Februar 2023 vorgelegt, aber bislang nicht veröffentlicht.

2022

UN-Resolution 51/1 erneuert Mandat des Sri Lanka Accountability Projects

Das OHCHR wird durch den UN-Menschenrechtsrat (UNHRC) beauftragt, die Beweismittelsammlung und -sicherung fortzuführen.

1 DIE BEKLEMMENDE SACKGASSE DER NACHKRIEGSZEIT

VON DR. AHILAN KADIRGAMAR

Die Wunden des langwierigen Bürgerkriegs sind in Sri Lanka auch 15 Jahre nach dessen Ende noch tief. Zehntausende Menschen kamen im Norden und Osten ums Leben, und das ganze Land erlebte enorme Zerstörungen. Auch heute gibt es kaum Fortschritte, wenn es um die Aufklärung von Verbrechen, Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit geht. Viele politische Fragen der Vergangenheit und Zukunft stehen unbeantwortet im Raum. Tamil:innen in Sri Lanka ringen für sich selbst und das ganze Land um eine Zukunft, die auf Gleichheit und Freiheit beruht.

Das Heranwachsen einer neuen Generation sollte die Hoffnung auf soziale, wirtschaftliche und politische Veränderungen eines vom Krieg gezeichneten Landes nähren. Doch der wirtschaftliche Wiederaufbau ist seit dem Kriegsende kaum vorangekommen, und die nicht abreißenden Krisen haben die Entwicklung weiter verlangsamt. Politische Positionen bleiben in Sri Lanka hoch polarisiert und meist ohne konkrete Lösungsvorschläge. Die tamilische Mittelschicht ist nach wie vor von dem Gedanken einer Auswanderung getrieben, während der Großteil der Bevölkerung im Norden und Osten mittellos bleibt. Wie lässt sich diese Sackgasse der Nachkriegszeit erklären? Und was ist der Ausweg?

Entgleister Wiederaufbau

Nach Kriegsende widmete man sich zunächst dem Wiederaufbau der Infrastruktur: Erste Züge wurden im Norden des Landes wieder in Betrieb genommen – ein Verkehrsmittel, das ganze Generationen zuvor nicht nutzen konnten. Entlang der ausgebesserten Straßen eröffneten Banken, Supermärkte und sogar Luxushotels. Doch hinter dem scheinbar neu aufkommenden Wohlstand zeigte sich, nur ein paar Kilometer abseits der Hauptverkehrsachsen, die Armut großer Teile der Bevölkerung mit ihrer verzweiferten Suche nach einem regelmäßigen Einkommen. Gerade als einige ländliche Regionen begannen, diese Herausforderungen zu meistern, versank Sri Lanka erneut im Chaos: Die Terroranschläge an Ostern 2019 erschütterten das Land schwer, gefolgt von der COVID-19-Pandemie und der Wirtschaftskrise. Für eine Bevölkerung, die damit beschäftigt war, die eigenen Kinder



Kachcheri-Ruine in Jaffna. (Foto: Franziska Koch, 2023)

auszubilden und die Jugend in den Beruf zu bringen, bedeuteten die anhaltenden Krisen den Verlust einer weiteren Generation an die Armut.

Vor den Passämtern des Landes bildeten sich bis heute lange Warteschlangen von Menschen, die der wirtschaftlichen Misere entfliehen wollen. Doch für die meisten kommt

eine Auswanderung gar nicht in Frage, denn ihnen fehlen die Mittel. Stattdessen kämpfen sie täglich um ihren Lebensunterhalt. Der Hunger ist ihr allgegenwärtiger Begleiter. Die sri-lankische Regierung ignoriert diesen Zustand größtenteils und bietet keinerlei politische Lösung oder Unterstützung.

Der Mythos von der Wiederbelebung der kriegsgebeutelten Regionen mit Geldern der tamilischen Diaspora steht in krassem Gegensatz zu den nur spärlich fließenden Investitionsmitteln. Entwicklungsprojekte internationaler Organisationen, die auf den Wiederaufbau der Infrastruktur nach dem Krieg ausgerichtet waren, haben die lokale Wirtschaft kaum wiederbelebt. Die individualisierte Unterstützung durch Mikrokreditprogramme von NGOs hat Familien entmachtet und sie in Abhängigkeit getrieben. Insbesondere Frauen wurden in die Schuldenfalle der Mikrokredite gedrängt. Auch tamilische Politiker:innen haben die drängenden Belange ihrer Wahlkreise lange vernachlässigt. Anstatt nachhaltig die Lebensgrundlage von einkommensschwachen Haushalten zu sichern, profilierten sich Politiker:innen mit Reden über eine Rechenschaftspflicht, insbesondere gegenüber internationalen Akteur:innen.

Polarisierung und die Minderheiten

Das Rajapaksa-Regime trägt die Hauptverantwortung für die ausbleibende wirtschaftliche und politische Entwicklung im Norden und Osten des Landes. Die Regierung setzte nach dem Krieg auf eine fortgesetzte Militarisierung und einen singhalesisch-buddhistischen Nationalismus. Es ist bedauerlich, dass die tamilische Opposition ihr singhalesisches Gegenstück mit einem polarisierenden Diskurs imitiert. Die Forderung nach Rechten für Tamil:innen bedient sich noch immer einer Rhetorik der LTTE, presst Tamil:innen in eine solitäre Opferrolle und setzt ein unendliches Vertrauen in die internationale Gemeinschaft. Die regelmäßigen Pilgerfahrten der Menschenrechtsgruppen zum UN-Menschenrechtsrat wecken in der tamilischen Gemeinschaft die Hoffnungen auf einen Rechenschaftsprozess und internationale Interventionen.

Politische Akteur:innen im Norden und Süden Sri Lankas konnten kaum soziale und wirtschaftliche Brücken bauen zwischen ihren Gemeinschaften und so eine politische Aussöhnung erreichen. Die Teilung von Macht und die Übertragung von mehr Entscheidungsbefugnissen an die Regionen wurde aus politischem Kalkül immer wieder von Entscheidungsträger:innen in Colombo verworfen. So war es auch beim Regimewechsel im Jahr 2015, als die Rivalität zwischen dem damaligen Präsidenten Maithripala Sirisena und Premierminister Ranil Wickremesinghe eine wichtige Chance auf eine politi-

sche Lösung zunichtemachte. Eine historische Chance auf Veränderung bot sich 2013 mit der Wahl des ersten Provinzrats im Norden des Landes. Doch am Ende der Amtszeit 2018 konnte der tamilische Provinzrat nicht einmal eine politische oder wirtschaftliche Vision für seine Wahlkreise vorweisen. Diese Gehaltlosigkeit tamilischer Politik trifft auf den Rassismus und die Arroganz der politischen Elite in Colombo – ein Fluch der sri-lankischen Politik.

Im Norden und Osten sind die Beziehungen zwischen den tamilischen und muslimischen Gemeinschaften nach wie vor angespannt. Die Muslim:innen aus dem Norden, die 1990 von der LTTE in einem Akt ethnischer Säuberungen vertrieben wurden, sind kaum in Jaffna reintegriert worden. Die indischstämmigen Malaiyaha-Tamil:innen, die während mehrerer Pogrome von den Plantagen im zentralen Hochland in die Nordprovinz vertrieben wurden, fanden dort wenig Solidarität. Sie wurden zunächst zu Zwangsarbeiter:innen gemacht und dienten anschließend als Kanonenfutter im Bürgerkrieg. Viele von ihnen besitzen bis heute kein Land oder sind gezwungen, in Regionen zu siedeln, die für die Landwirtschaft ungeeignet sind. Die Diskriminierung hält bis heute an.

Die Zukunft des tamilischen Volkes

Doch dann kam die große Aragalaya-Revolution im Jahr 2022, als Menschen unterschiedlicher ethnischer und religiöser Herkunft den Präsidenten verjagten, der den Status eines Kriegshelden und Hüters des singhalesisch-buddhistischen Nationalismus für sich beansprucht hatte. Diese Revolution lässt erahnen, was unser Land sein kann.

Trotz der aktuellen autoritären und wirtschaftlichen Unterdrückung ist es grundsätzlich möglich, in den kommenden Jahren einen anderen Weg einzuschlagen und für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit zu kämpfen. Das tamilische Volk muss seine Strategien überdenken und sich von einer Politik verabschieden, die es auf eine historische Bedeutungslosigkeit reduziert hat. Anstatt auf einer tamilisch-nationalistischen Zukunftsvision zu beharren, gilt es nun, eine gemeinsame Zukunft in Gleichheit und Freiheit sowie auf der Grundlage von demokratischen Werten zu gestalten.

Dr. Ahilan Kadirgamar ist Ökonom und Dozent an der Universität von Jaffna, Sri Lanka. Der Beitrag wurde aus dem Englischen übersetzt und bearbeitet von Franziska Koch.

2 DIE OSTERANSCHLÄGE UND DER KAMPF UM GERECHTIGKEIT

VON RUKI FERNANDO

Sri Lanka hat turbulente Zeiten hinter sich: Der 26-jährige Bürgerkrieg, islamistische Anschläge an Ostern 2019 und die andauernde Wirtschaftskrise seit 2022, die zu massiven Protesten der Bevölkerung führte und die Herrschaft der korrupten, autoritären und rassistischen Familie Rajapaksa beendete. Demnächst stehen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen an, und auch die längst überfälligen Kommunal- und Regionalwahlen könnten bald abgehalten werden. Auf einer Sitzung des UN-Menschenrechtsrats im September 2024 wird die Erneuerung eines Projekts zur Rechenschaftspflicht in Sri Lanka erörtert. Ist die Zeit reif für eine Aufarbeitung des Konflikts und Gerechtigkeit?

Bereits vor den Osteranschlägen 2019 waren Gotteshäuser in Sri Lanka Ziele von Zerstörung und Gewalt. Zahlreiche Kirchen in Jaffna und Mannar wurden im Bürgerkrieg von den Streitkräften zerstört und Hunderte tamilische Zivilist:innen getötet. Für diese und viele andere schwere Verbrechen – einschließlich Zehntausender außergerichtlicher Hinrichtungen und ebenso wie zahlreicher Fälle von Verschwindenlassen – wurde bislang keine strafrechtliche Verantwortung übernommen, geschweige denn eine angemessene Entschädigung gezahlt. Während des Krieges wurden jedoch auch Moscheen und buddhistische Tempel von der LTTE angegriffen, was zu Hunderten von Todesopfern führte.

Antimuslimische Gewalt

Bei den islamistischen Anschlägen auf drei christliche Kirchen und drei Luxus-Hotels wurden an Ostern 2019 315 Menschen getötet, darunter 40 Ausländer:innen und 45 Kinder – das größte Massaker seit dem Bürgerkrieg. Die beschädigten Gebäude wurden schnell wieder aufgebaut, doch viele Überlebende und ihre Familien benötigten weiterhin medizinische, psychosoziale und finanzielle Unterstützung.

Nach den Anschlägen brach überall im Land antimuslimische Gewalt aus. Geschäfte und Häuser wurden zerstört und viele Muslime, auch Frauen mit Kindern, wurden über Monate und Jahre hinweg zu Unrecht

inhaftiert. Die bekanntesten Fälle sind die des muslimischen Dichters und Lehrers Ahnaf Jazeem und des Anwalts Hejaaz Hizbullah, die beide die Anschläge öffentlich verurteilt hatten. Muslimische Geflüchtete z. B. aus Pakistan und Afghanistan, die Zuflucht in Sri Lanka gesucht hatten, wurden nach den Anschlägen vertrieben, umgesiedelt und obdachlos gemacht. Bei den Bemühungen um Gerechtigkeit müssen auch diese Opfer von Verbrechen berücksichtigt werden.

Zahnlose Justiz

Seit fünf Jahren ist die sri-lankische Justiz nicht in der Lage, die Verantwortlichen für die Anschläge zur Rechenschaft zu ziehen. Ein in den USA eingeleitetes Verfahren gegen drei Verdächtige wurde ebenfalls ausgesetzt. Gegen Vertreter:innen der Regierung wurden Ermittlungen eingeleitet, weil sie es in fahrlässiger Weise unterlassen hatten, die Anschläge zu verhindern. Der ehemalige Sekretär des Verteidigungsministeriums und der ehemalige Generalinspekteur der Polizei wurden jedoch freigesprochen. Andere vom Generalstaatsanwalt angestrebte Strafverfahren sind noch nicht abgeschlossen.

Grundrechtsklagen von Bürger:innen führten dazu, dass der Oberste Gerichtshof den ehemaligen Präsidenten Sirisena und hochrangige Beamte:innen dafür verantwortlich machte, die Angriffe nicht verhindert

zu haben. Sie wurden zu Entschädigungszahlungen verurteilt. Doch auch 15 Monate danach wurden die angeordneten Beträge noch immer nicht in voller Höhe gezahlt. Das Gericht entließ Präsident Wickremesinghe, zum Zeitpunkt der Anschläge Premierminister, unter Berufung auf die Immunität des Präsidenten aus seiner Verantwortung. Der Oberste Gerichtshof empfahl zudem ein Disziplinarverfahren wegen Fahrlässigkeit gegen den ehemaligen Direktor des Staatlichen Nachrichtendienstes (SIS), Nilantha Jayawardena, das jedoch bis heute nicht eröffnet wurde.

Eine im September 2022 gegen den ehemaligen Präsidenten Sirisena eingereichte Privatklage ist weiterhin anhängig. Ihm wird vorgeworfen, seine Pflichten als Verteidigungsminister nicht erfüllt zu haben. Obwohl der damalige stellvertretende Generalinspekteur der Polizei, Deshabandu Tennakoon, von der präsidentialen Untersuchungskommission für schuldig befunden worden war, die Anschläge in fahrlässiger Weise nicht verhindert zu haben, wurde er später zum Polizeichef befördert.

Verschörung der Regierung

Der ehemalige Generalstaatsanwalt und ursprüngliche Leiter der Ermittlungen, Ravi Seneviratne, sprach im Mai 2021 gegenüber Medien von einer „großen Verschörung“ im Zusammenhang mit den Osteranschlägen. Im März 2022 bezog sich auch Kardinal Malcolm Ranjith vor dem UN-Menschenrechtsrat auf Ermittlungen, die darauf hindeuteten, dass das Massaker Teil einer großen politischen Verschörung gewesen sei.

Diejenigen, die sich um Aufarbeitung des Konflikts und Gerechtigkeit bemühen, haben bis heute mit Repressalien zu kämpfen. Letztes Jahr versuchte die Polizei in Negombo, einen Protestmarsch zu unterbinden, der Gerechtigkeit für die Osteranschläge forderte. Am Ostersonntag letzten Jahres verbot die Polizei die Verwendung von Bannern, schwarzen Flaggen und Lautsprechern während eines Demonstrationszugs. Der Aktivist Shehan Malaka, der öffentlich den Vorwurf einer politischen Verschörung erhob, wurde verhaftet.

Empfehlungen

Sri Lanka steht aktuell vor zwei zentralen Herausforderungen: Die eine besteht darin, eine umfassende Gerechtigkeit herzustellen. Die zweite ist, eine gemeinsame Front im Kampf für Gerechtigkeit zu bilden – sowohl im Inland als auch international. Die unterschiedlichen Regierungen Sri Lankas und die internationale Gemeinschaft haben bisher in beiden Punkten versagt.



Die Kirche St. Sebastian in Negombo wurde nach den Osteranschlägen renoviert. (Foto: Franziska Koch, 2022)

Eine umfassende Gerechtigkeit sollte auch intensive Bestrebungen nach Aufklärung und eine Suche nach den strafrechtlich Verantwortlichen umfassen, um Vorfälle dieser Art in Zukunft zu verhindern. Gerechtigkeit meint auch eine langfristige und angemessene Wiedergutmachung, die das Recht auf psychische und physische Gesundheitsfürsorge, Bildung und Unterstützung beim Lebensunterhalt, einschließlich Entschädigungen, gewährleistet. Die Lobbyarbeit von Kirchenführern und der Zivilgesellschaft konzentrierte sich bislang auf die Wahrheitsfindung und Strafverfolgung und weniger auf Wiedergutmachung, obwohl viele Überlebende und Familien der Opfer diese dringend benötigen.

Die andere Herausforderung für die Menschen in Sri Lanka besteht darin, sich gemeinsam für Gerechtigkeit für alle Überlebenden und deren Familien einzusetzen – über ethnische, religiöse, geografische und andere Grenzen hinweg. Das Engagement seitens der Tamil:innen konzentrierte sich bisher vor allem auf die Aufklärung der Gräueltaten während des Bürgerkriegs, während die Singhalesen ihren Fokus mehrheitlich auf die Osteranschläge, auf Wirtschaftsverbrechen und die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit legten. Es ist an der Zeit, den Kampf für ganzheitliche Gerechtigkeit für alle Menschen in Sri Lanka zu verstärken. Gerechtigkeit im Kontext der Osteranschläge muss auch Gerechtigkeit für alle anderen vergessenen Opfer bedeuten.

Ruki Fernando ist Menschenrechtsaktivist und freiberuflicher Journalist in Sri Lanka. Der Beitrag wurde aus dem Englischen übersetzt und bearbeitet von Franziska Koch.

3 CHANCEN FÜR EINEN SYSTEMWANDEL

VON DR. JEHAN PERERA

Die Aragalaya-Protestbewegung im Jahr 2022 hat gezeigt, dass sich die Menschen in Sri Lanka nach grundlegenden Veränderungen sehnen. Doch die neue Regierung bleibt mit ihrer Arbeit weit hinter den Hoffnungen der Menschen zurück. Sie konzentriert sich ausschließlich auf die wirtschaftliche Erholung des Landes, anstatt auch die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Einen Denkmalskulptur könnte die Regierung dafür bei den Wahlen im Herbst 2024 erhalten.

Priorität für die Korruptionsbekämpfung

„Systemwandel“ hieß eine der Kernforderungen der Aragalaya-Protestbewegung im Jahr 2022. Naturgemäß tangiert diese Forderung eine breite Palette von Themen, darunter die Rückzahlung entwendeter Vermögenswerte, die Bestrafung der Täter:innen und Korruptionsbekämpfung. Von der Vision der Protestbewegung, eine neue Gesellschaftsordnung zu schaffen, ist die heutige Realität jedoch weit entfernt. Die sri-lankische Regierung erarbeitet zwar aktuell ein neues Gesetz zur strafrechtlichen Vermögensabschöpfung, allerdings wurden bisher keine gestohlenen Vermögenswerte, weder national noch international, zurückgefordert. So bleibt also vorerst alles beim Alten.

Freie und faire Wahlen

Die zweite Kernforderung der Aragalaya-Proteste waren Neuwahlen. Um die Protestbewegung zu beschwichtigen, wurde schnell die Bildung einer nationalen Regierung vorgeschlagen, in die Mitglieder der Oppositionsparteien und führende Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, z. B. der Rechtsanwaltskammer, aufgenommen werden sollten. Wahlen sollten innerhalb von sechs Monaten bzw. nach der Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage abgehalten werden. Nach der Wahl von Präsident Wickremesinghe – wohlgerichtet durch eine Parlamentsabstimmung und nicht durch eine Direktwahl der Bevölkerung – fiel diese Option unter den Tisch.

Im Jahr 2022, also noch in der Anfangsphase der neuen Präsidentschaft, war der Wunsch groß, zur wirtschaft-

lichen Normalität zurückzukehren und den wirtschaftlichen Wohlstand der Bevölkerung wiederherzustellen. Die Regierung nutzte diese Gelegenheit, um für rigide Sparmaßnahmen zu werben und die Wiederbelebung der Wirtschaft zu priorisieren. Sie argumentierte, dass die anstehenden Kommunalwahlen aus Kostengründen abgesagt werden müssten, und ging sogar so weit, ein Urteil des Obersten Gerichtshofs zu ignorieren, wonach das Geld für die Durchführung der Wahlen nicht zurückgehalten werden darf. Es gab nur wenig öffentlichen Protest, da viele Menschen die Haltung der Regierung zu teilen schienen.

Zwei Jahre danach findet dieses Argument jedoch kaum noch Zustimmung in der Bevölkerung. Die Menschen in Sri Lanka glauben, dass der Systemwandel mit den anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen nun in greifbare Nähe gerückt ist. Doch aktuell zirkulieren Gerüchte, dass ein Referendum zur Verschiebung der Wahlen um zwei Jahre abgehalten werden könnte. Auch von einem Schlupfloch in der Verfassung ist die Rede, das es der Regierung erlaubt, auch ohne Referendum ein weiteres Jahr im Amt zu bleiben. Beides wäre inakzeptabel und gefährlich. Jeder Versuch, die Wahlen zu verschieben, provoziert erneute Straßenproteste und eventuell sogar Gewalt.

Politische Lösungen für einen ethnischen Konflikt

Die studentische Protestbewegung hat sich öffentlich gegen Rassismus ausgesprochen und die Wahrung der Bürgerrechte zu einer weiteren Kernforderung des



Aragalaya-Proteste in Colombo. (Foto: Franziska Koch, 2022)

Aragalaya-Protests gemacht. Dies stieß insbesondere im Norden und Osten des Landes und in der internationalen Menschenrechtsgemeinschaft auf Anklang. Die Aragalaya-Bewegung schaffte es, die starren Grenzen des ethnischen Nationalismus aufzuweichen, indem sie insbesondere der Jugend aufzeigte, wie korrupte Regierungsvertreter:innen die Ideologie des ethnischen Nationalismus für Machtgewinn und -erhalt nutzen.

Die zwei Spitzenkandidaten der Opposition bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl haben Differenzen in verschiedenen Themenbereichen. Und dennoch eint sie ein gemeinsames Engagement für die Umsetzung des 13. Verfassungszusatzes, der eine Übertragung von Befugnissen an die Provinzen verspricht. Dies ist eine merkliche Veränderung zur Vergangenheit, als ethnischer Nationalismus oft dazu genutzt wurde, Gewalt zu schüren und Stimmenfang zu betreiben. Oppositionsführer Sajith Premadasa sagte seine Unterstützung für die umfassende Umsetzung des 13. Verfassungszusatzes zu. Auch Anura Kumara Disanayake, Kandidat der National People's Power (NPP), sprach sich für Gewaltenteilung und das System der Provinzräte aus. Sogar Präsident Wickremesinghe, in dieser Frage bemerkenswert geradlinig, sprach sich bereits kurz nach seinem Amtsantritt für eine Machtübertragung auf die Provinzen aus, das Polizei- und Landrecht inbegriffen.

Eine parteiübergreifende Verständigung über die Lösung des ethnischen Konflikts war für Sri Lanka bisher eine unüberwindbare Herausforderung. Die Zivilgesellschaft spielte bei der Erarbeitung eines nationalen Konsenses eine entscheidende Rolle. Die jüngste Initiative buddhistischer Mönche und des Global Tamil Forum brachte die Himalaya-Erklärung hervor, die eine pluralistische Gesellschaft, die Bewältigung der Wirtschaftskrise, Verfassungsänderungen, die Akzeptanz von ethnischen und religiösen Minderheiten, einen Versöhnungsprozess und die Einhaltung von bi- und multilateralen Abkommen fordert. Diese Erklärung könnte, in Ergänzung zum 13. Verfassungszusatz, einer zukünftigen Regierung als Fahrplan für die Lösung des ethnischen Konflikts dienen, die für die wichtigsten politischen Parteien und die ethnischen Minderheiten akzeptabel ist.

Empfehlungen

Die sich abzeichnenden Chancen für einen Systemwandel sollten ergriffen und durch die internationale Gemeinschaft unterstützt werden. Anti-Korruptionsinitiativen sollten von der internationalen Gemeinschaft durch technische und finanzielle Hilfen gefördert werden, z.B. indem die Ausbildung von Strafverfolgungs- und Justizbeamten finanziert und die Umsetzung der Governance-Diagnose des IWF zur Verringerung der Korruption gefordert werden. Die internationale Gemeinschaft muss in ihren Gesprächen mit der sri-lankischen Regierung auf planmäßige und faire Wahlen bestehen. Die EU sollte eine internationale Wahlbeobachtungsmission entsenden, um Transparenz und Fairness zu gewährleisten und die Bedeutung einer demokratischen Regierungsführung für die Stabilisierung des Landes zu verdeutlichen. Die internationale Gemeinschaft sollte Versöhnungsinitiativen, insbesondere in den nördlichen und östlichen Provinzen, fördern und unterstützen, um die wirtschaftliche und soziale Integration voranzubringen. Dies sollte auch die Unterstützung der Umsetzung des 13. Verfassungszusatzes und zivilgesellschaftlicher Bemühungen wie der Himalaya-Erklärung umfassen.

Dr. Jehan Perera ist geschäftsführender Direktor des Nationalen Friedensrats (NPC) in Sri Lanka. Der Beitrag wurde aus dem Englischen übersetzt und bearbeitet von Franziska Koch.

4 GEWALTSAMES VERSCHWINDENLASSEN: DER VERGESSENE KAMPF DER MÜTTER

VON FRANZISKA KOCH

Während des Bürgerkriegs in Sri Lanka wurden Zehntausende Menschen getötet und verschleppt, ebenso viele wurden aus ihren Häusern im Norden und Osten des Landes vertrieben. Frauen waren in besonderer Weise von dem bewaffneten Konflikt und seinen Folgen betroffen, da sie mit geschlechtsbezogener Gewalt eine zusätzliche Ebene an Gräueltaten erlebten. Als Überlebende des Konflikts nehmen Frauen auch eine besondere Rolle in der Forderung nach Aufarbeitung und Rechenschaftspflicht für die Kriegsverbrechen ein.

15 Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs sind die meisten tamilischen Kriegswitwen und Ehefrauen von Verschwundenen noch immer wirtschaftlich, sozial und politisch auf sich allein gestellt. Diese Frauen fordern Rechenschaft für die während des Konflikts begangenen Verbrechen wie Vergewaltigung, sexualisierte Gewalt, die Zerstörung ihres Eigentums und die Verschleppung oder Ermordung ihrer Angehörigen. Doch dysfunktionale Rechts- und Verwaltungssysteme, Korruption sowie mangelnde Transparenz erschweren die Aufarbeitung der Verbrechen. Der Umstand, dass viele hohe Beamte:innen und Vertreter:innen der Regierung bezichtigt werden, selbst für Kriegsverbrechen verantwortlich zu sein, macht einen aufrichtigen Rechenschaftsprozess unwahrscheinlich.

In der Vergangenheit kam es unter allen ethnischen und religiösen Gruppen des Inselstaats zum Verbrechen des gewaltsamen Verschwindenlassens. Doch seit den späten 1980er Jahren machten Tamil:innen den Großteil der Opfer aus. Mit schätzungsweise 60.000–100.000 Fällen weist Sri Lanka die weltweit zweithöchste Anzahl an Fällen von gewaltsamem Verschwindenlassen auf.

2.000 Tage kontinuierlicher Proteste

Insbesondere die Mütter der Opfer von gewaltsamem Verschwindenlassen stellen sich in ihrem Protest mutig gegen das Militär und die autoritäre Regierung. Bereits

im August des Jahres 2022 hatten sie 2.000 Tage des kontinuierlichen Protests hinter sich. Sie beklagen bis heute in Demonstrationsumzügen, Mahnwachen oder mit Hungerstreiks das Verschwinden ihrer Ehemänner, Töchter und Söhne. Nicht selten werden ihre Proteste gewaltsam durch die Polizei oder das Militär aufgelöst. Sie sind auch von Überwachung, Gewalt und (sexueller) Belästigung durch die staatlichen Sicherheitskräfte betroffen.

Ihre Kampagnen, z. B. anlässlich der Sitzungen des UN-Menschenrechtsrats, haben wesentlich dazu beigetragen, dass Fragen der Übergangsgerechtigkeit auf die nationale und internationale Agenda gesetzt wurden. Trotz ihres anhaltenden Aktivismus wird den Frauen bei der staatlichen Gestaltung der Übergangsgerechtigkeit keine offizielle Rolle eingeräumt. Die Regierung ignoriert die Proteste weitestgehend, obwohl der 2016 durch die Regierung beauftragte Bericht der Konsultations-Task-Force (Communication Task Force, CTF) über den nationalen Versöhnungsprozess die Partizipation von Frauen ausdrücklich empfiehlt.

Trotz wiederholter Aufrufe zur Umsetzung eines Rechenschaftsprozesses durch die internationale Gemeinschaft, zuletzt im Mai 2024 durch das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte im Bericht des OHCHR Sri Lanka Accountability Project, weist die aktuelle Regierung die Notwendigkeit eines internationalen Aufarbeitungsprozesses zurück und beharrt stattdessen auf einer

nationalen Lösung – und das trotz der ursprünglichen Zusage der sri-lankischen Regierung zur Umsetzung der UN-Resolution aus dem Jahr 2015. Gelegentliche Gesten der Regierung, wie die Berufung einer der vielen Wahrheitskommissionen, die Freigabe kleiner Landflächen oder ein Treffen von Staatsvertreter:innen mit den Familien der Verschwundenen, können nicht über das Ausbleiben bedeutungsvoller Maßnahmen und den pro-militärischen Kurs der Regierung hinwegtäuschen. Obwohl die Regierung im September 2017 ein Büro für vermisste Personen (Office on Missing Persons, OMP) und 2018 ein Büro für Wiedergutmachung (Office for Reparations) einrichtete, haben beide Institutionen keine nennenswerten Ergebnisse produziert. Das überrascht bei der Besetzung der Büros nicht, denn im Mai 2021 wurde der ehemalige Polizeichef Jayantha Wickramaratne als Mitglied des OMP benannt. Am Ende des bewaffneten Konflikts war er für drei Polizeieinheiten verantwortlich, die beschuldigt werden, in das massenhafte Verschwindenlassen von Menschen verwickelt gewesen zu sein. Auch das Büro für Wiedergutmachung ist durch die Ernennung des pensionierten Generalmajors Waduge Palitha Piyasuri Fernando militarisiert.

Anhaltende Militarisierung

Die Militärpräsenz im Norden und Osten Sri Lankas ist weiterhin hoch. Bis heute besetzt das Militär unrechtmäßig privates Land, kontrolliert weite Teile wirtschaftlicher Unternehmungen und hat zahlreiche Checkpoints errichtet. Parallel dazu haben die Übergriffe auf Frauen und Mädchen zugenommen, die von staatlichen Sicherheitskräften begangen werden. Das Risiko von Misshandlungen, Bedrohungen und Nötigungen ist für alleinstehende und alleinreisende Frauen an Checkpoints hoch. Der berüchtigte Prevention of Terrorism Act (PTA) erleichtert es den Sicherheitskräften, anlasslose Leibbesuchationen und Durchsuchungen durchzuführen. Das Militär übernimmt zunehmend polizeiliche Aufgaben. Sollten sich Frauen und Mädchen trauen, Anzeige zu erstatten, müssen sie dies deshalb häufig bei den Tätern machen. Aufgrund von Stigmatisierung und aus Angst vor weiteren Übergriffen und Bedrohungen sehen viele Betroffene daher davon ab. Eine strafrechtliche Verfolgung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen bleibt aus.

Empfehlungen

Zur Beendigung der Straflosigkeit müssen glaubwürdige und unabhängige Ermittlungen zum Verschwindenlassen, zu sexualisierter Gewalt und anderen Verbrechen während des Bürgerkriegs durchgeführt werden. Die Regierung sollte einen Rechenschaftsprozess damit beginnen eine Liste mit Namen der Personen zu ver-



Protestierende mahnen die fehlende Aufarbeitung an.
(Foto: Kumanan Kanapathippillai, 2022)

öffentlichen, die sich am Ende des Konflikts offiziell dem Militär ergeben haben. Darauf aufbauen müssen unabhängige Ermittlungen unter internationaler Beteiligung zum Verbleib der Personen. Um nachhaltigen Frieden und Versöhnung zu erzielen, muss die Regierung den Bedürfnissen und Rechten der vom Konflikt betroffenen Frauen Priorität einräumen und sie stärker in die Gestaltung und Umsetzung von Mechanismen der Übergangsgerechtigkeit einbeziehen – angefangen bei der Besetzung der Büros für vermisste Personen (OMP) und Wiedergutmachung (Office for Reparations) mit unabhängigen Mitgliedern. Gleichzeitig muss die Überwachung und Belästigung tamilischer Frauen durch das Militär gestoppt und beschlagnahmtes Land zurückgegeben werden. Auch die psychosoziale Unterstützung für Opfer von geschlechtsspezifischer Gewalt muss verbessert werden. Die deutsche Bundesregierung kann die Bemühungen der Übergangsgerechtigkeit in Sri Lanka unterstützen, indem sie

- individuelle Sanktionen (Reiseverbote, das Einfrieren von Vermögenswerten) gegen Täter:innen von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen verhängt;
- sich für die Erweiterung des Mandats des OHCHR Sri Lanka Accountability Project und dessen Ausstattung mit finanziellen und personellen Ressourcen einsetzt;
- die Möglichkeit von Ermittlungen und Strafverfolgung nach dem Weltrechtsprinzip erkundet.

Franziska Koch ist politische Analystin und koordiniert das Sri Lanka Advocacy Netzwerk.

5 ÜBERFÄLLIGE LANDREFORMEN

VON DR. THEODOR RATHGEBER

Sri Lankas Bestimmungen über den Zugang zu Land und natürliche Ressourcen folgt nach wie vor einer sozialistischen Ausrichtung. Insofern sind strittige Auseinandersetzungen über Landbesitz immer auch ein staatlicher Hoheitsakt, dessen Streitschlichtung im administrativen Verfahren nur bedingt neutral ist. Aus einer ursprünglich auf soziale Sicherheit abhebenden Gesetzgebung zur Verfügung über Land und Ressourcen hat sich ein behördliches Monstrum entwickelt, das die Grund-sicherung gerade der armen Bevölkerung gefährdet. Geradezu existenzgefährdend ist das Regierungshandeln im Landrecht-Streit mit tamilischen Landbesitzer:innen, die im Krieg vertrieben wurden und dort, wo es die soziale und klimagerechte Modernisierung im Bereich der kleinbäuerlichen Landwirtschaft hemmt.

Etwa 82 Prozent des Landes in Sri Lanka befindet sich im Besitz der Regierung. Dies hat zu vielen sozioökonomischen Konflikten geführt, etwa zu administrativen Einschränkungen der Rechte von Landwirt:innen oder zur administrativ-planerischen Unfähigkeit, die landwirtschaftliche Produktivität zu steigern. Jüngstes Beispiel ist die brachial-dilettantische Umstellung auf biologische Anbaumethoden, die nur deshalb erfolgte, weil das Geld für Kunstdünger und Pestizide wegen des maroden Staatshaushalts fehlte.

Staatliche Interessenabwägung

Bis heute ist es staatlichen Instanzen mit Blick auf das Landrecht nicht gelungen, eine angemessene Balance zwischen unterschiedlichen Interessen zu finden. So steht auf der einen Seite eine Erneuerung der land- und forstwirtschaftlichen Infrastruktur an, mit der notwendige Modernisierungen durchgeführt und auch Investitionen eingeworben werden können. Auf der anderen Seite gilt es, mit der bestehenden Bewirtschaftung von Land und Wald in familiären Kleinbetrieben für eine gewisse soziale Stabilität zu sorgen – so prekär sie in manchen Fällen sein mag.

Solche Strukturen zu modernisieren, würde ein Krisen- und Qualitätsmanagement erfordern, das die staatlichen Instanzen bislang nicht zeigen konnten. Es hieße, die sozioökonomische Funktion der Landwirtschaft mit neuen Methoden auszustatten, damit das wirtschaft-



*Sitzstreik gegen den Landraub des Militärs.
(Foto: Kumanan Kanapathippillai, 2022)*

liche Ergebnis verlässlicher und ertragreicher ausfällt. Mit seiner klimaregionalen Lage und seinem hohen Bildungsstandard könnte Sri Lanka im Hinblick auf die Ernährungssicherheit für die gesamte Bevölkerung und die relative Unabhängigkeit von Nahrungsmittelimporten deutlich besser dastehen.

Laut Angaben der FAO aus dem Jahr 2021 werden 45 Prozent der Fläche Sri Lankas landwirtschaftlich genutzt, 34 Prozent sind von Wald bedeckt. Der Rest ist urbane

Siedlung und Brachland. Die von Wald bedeckte Fläche ist in den letzten Jahren merklich geschrumpft zugunsten landwirtschaftlicher Nutzung und urbanen Siedlungen. Bis heute tragen Land- und Forstwirtschaft mit fast 10 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei, beschäftigen aber knapp 27 Prozent aller Erwerbstätigen. Das produzierende Gewerbe schlägt mit 30 Prozent bei der Bruttowertschöpfung zu Buche und mit 27 Prozent beim Anteil der Erwerbstätigkeiten. Der Dienstleistungssektor wiederum trägt 61 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei und rangiert bei 40 Prozent, was den Anteil der Erwerbstätigen angeht.

Zugang zu Land

Bei der Frage nach einem Zugang zu Land und Ressourcen ist zu berücksichtigen, dass die Grundstücke im staatlichen Eigentum den Grund und Boden sowie alle darauf stehenden Gebäude inkl. der damit verbundenen Rechte umfassen. Staatliche Grundstücke werden auf nationaler Ebene, in den Provinzen, Distrikten und Bezirken von Regierungsbeamten:innen verwaltet. Privatgrundstücke sind bislang eher die Ausnahme. Das Eigentum an solchen Grundstücken wird durch Kauf, Urkunden und Erbschaft übertragen. Für die Landwirtschaft gilt bei Erbschaft eine besondere Regelung entsprechend der Land Development Ordinance von 1935. Personen aus dem Ausland (Indien bildet hier eine Ausnahme) können Land nicht privat erwerben, sondern nur im Zusammenhang mit einer unternehmerischen Tätigkeit und als Betrieb.

Laut Verfassung haben alle Staatsbürger:innen Sri Lankas ein Recht auf Haus und Land. Laut Landreformgesetz von 1972 haben alle sri-lankischen Staatsbürger:innen Anspruch auf ein Grundstück mit einer Mindestgröße von rund 500 m² – hiervon ausgenommen sind Menschen, die auf Teeplantagen arbeiten. Dieses Programm zielte im Wesentlichen darauf ab, die ärmere Bevölkerung und Landlose mit bewirtschaftbarem Land und mit Wohnungen auszustatten. Ein solcher Besitz musste bei der einschlägigen Behörde beantragt und eine Pacht entrichtet werden. Die maximale Größe eines Landstücks für eine Einzelperson beträgt nominell rund 20 Hektar (50 Hektar in der Landwirtschaft). Größere Flächen müssen laut Land Acquisition Act von 1986 pro forma von einer behördlichen Kommission als Besitz geführt werden.

Im Jahr 2024 hat die Regierung den kostenlosen Erwerb von Land ermöglicht – bislang als einziges südasiatisches Land. Die ersten 1.286 Grundbesitzurkunden wurden im Distrikt Jaffna vergeben. Im Rahmen des Urumaya-Programms sollen weitere 13.858 Besitzurkunden in Distrikten der Nordprovinz verteilt werden.

Der Präsident Sri Lankas hat das Recht, staatliches Land beliebig für Stadtentwicklungs- oder Industrieprojekte vorzusehen, insofern das Projekt als „dringend erforderlich“ eingestuft und mit den zuständigen Ministerien abgesprochen wurde. Außerdem kann der Präsident Land für wohltätige, erzieherische, religiöse, wissenschaftliche oder andere Zwecke vergeben oder verpachten.

Landrechte auf Plantagen

Die Eigentumsverhältnisse bei den Plantagen haben indes mehrfach gewechselt. Als Sri Lanka unabhängig wurde, wurden die Plantagen von Agenturen kontrolliert und von Managern geleitet. In den 1970er Jahren folgte dann eine Verstaatlichung der Plantagen. Nach 1992 vergab der Staat die Ländereien mithilfe von Erbpachtverträgen für 99 Jahre an regionale Plantagensellschaften (RPC). Viele Plantagen befinden sich heute in Privatbesitz. Die Teearbeiter:innen wurden mit der Überschreibung der Plantagen an neue Besitzer:innen mit übertragen, ohne dass sie selbst Landbesitz hätten erwerben können. Auf dem Gebiet der Teeplantagen liegen rund 103.000 Hektar brach oder das Land wird an Unternehmen der Milchwirtschaft verpachtet. Der Erwerb von Land durch die Teeplantagenarbeiter:innen ist inzwischen zwar möglich, aber administrativ aufwendig und sehr teuer.

Landraub durch Militär

Nach Ende des Bürgerkriegs 2009 beschlagnahmten Militär und Behörden im Norden viele Grundstücke der tamilischen Bevölkerung. Besitzer:innen wurden mit z.T. obskuren Begründungen enteignet. Insbesondere für Frauen ist die Lage verheerend: Als ehemalige Landbesitzerinnen können sie ihre Ansprüche nur mit viel Aufwand geltend machen. Denn nach traditionellem Erbschaftsrecht steht den Männern die Erbschaft von Land zu. Ohne die Zustimmung eines Mannes können Frauen, deren Ehemänner bspw. vermisst werden und die somit offiziell nicht für tot erklärt wurden, keine formelle Kontrolle über ihren Landbesitz ausüben. Sie können ihr Land weder veräußern noch einsetzen, um Bankkredite zu erhalten. In solchen Fällen ist die Zustimmung eines anderen männlichen Verwandten erforderlich, und hier beginnen in den Familien die nächsten Konflikte.

Dr. Theodor Rathgeber ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Autor und Gutachter zu Menschenrechten und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit in Südasiens.

6 NEUAUFLAGE DES KINOFLOPS „VERSÖHNUNG“

VON I. RATHIKA

Versöhnung heißt „Nalennakam“ auf Tamilisch und „Samanala Sandhawaniya“ auf Singhalesisch. Es ist ein Konzept, das im Kontext des soziopolitischen Diskurses in Sri Lanka häufig auftaucht, allerdings seit Ende des Bürgerkriegs vor 15 Jahren keine nennenswerten Fortschritte gemacht hat. Um die Denkweise rund um das Konzept der Versöhnung aufzubrechen, bedient sich der Artikel einer Film-Metapher.

Historischer Kontext

Das Konzept der Versöhnung ist eng mit dem Bürgerkrieg des Landes verknüpft, der 2009 nach fast drei Jahrzehnten des Strebens nach Würde und Gleichberechtigung gewaltsam endete. Die sri-lankische Regierung gibt die Zahl der Toten mit weniger als 10.000 an, Opferverbände sprechen von rund 250.000 und UN-Organisationen von etwa 70.000 Toten allein in den letzten acht Kriegsmonaten. Die Wurzeln dieses Konflikts liegen in ethnischen Spannungen, die durch koloniale Hinterlassenschaften und politische Entwicklungen nach der Unabhängigkeit noch verschärft wurden.

Nach dem Krieg initiierte die sri-lankische Regierung einen offiziellen Prozess für Frieden und Versöhnung. Doch schon die Entscheidungsträger:innen der nachfolgenden Regierung sahen darin eher ein bürokratisches Versprechen, mit dem sie das Wohlwollen der internationalen Gemeinschaft gewinnen konnten. Die Umsetzung von wirksamen Maßnahmen der Übergangsjustiz wird zusätzlich durch politische und verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen erschwert, und die singhalesische Mehrheit fühlt sich in weiten Teilen nach wie vor anderen ethnischen oder religiösen Gruppen überlegen.

Aktuelle Bemühungen um Versöhnung

Trotz zahlreicher Initiativen und einer beträchtlichen (finanziellen) Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft sind Fortschritte bei der Versöhnung und Übergangsjustiz in Sri Lanka schwerlich zu erkennen.

Sie schreitet nur langsam und uneinheitlich voran. Diese Stagnation zeigt sich bestens auf offiziellen Konferenzen zur Übergangsjustiz, nationalen Versöhnung oder Integration wie auch bei zivilgesellschaftlichen Veranstaltungen in der Hauptstadt. All diese Veranstaltungen, die angeblich organisiert werden, um sich mit den Opfern und ihren Angehörigen auszutauschen, gibt es seit Jahrzehnten. Doch es bleibt fragwürdig, wie aufrichtig das Versöhnungsinteresse der Organisator:innen dieser Veranstaltungen ist – und auch, wie wirksam diese Bemühungen sind. Trotz der angeblichen Besorgnis der offiziellen Stellen und der vielen angestoßenen Prozesse setzen die Familien der Verschwundenen ihre Suche nach Antworten unerschütterlich fort. Die Angehörigen der Verstorbenen fürchten sich nach wie vor davor öffentlich zu trauern, und ethnische Minderheiten müssen sich mit den mageren Fortschritten zufriedengeben, die ihnen die Machthaber:innen zugestehen. In der Regel sind diese nur zu verzeichnen, wenn der nächste UN-Bericht fällig ist oder Wahlen anstehen, bei denen man sich auch um die Stimmen von Minderheiten bemüht.

Eine kritische Filmanalyse

Ein Blick auf den Abspann des fiktiven Films „Versöhnung“ macht die komplexen Herausforderungen eines aufrichtigen Aufarbeitungs- und Versöhnungsprozesses deutlich: Hier zeigt sich die Kluft zwischen den Lippenbekenntnissen und den gelebten Erfahrungen der vom Konflikt betroffenen Personen.



Fiktiver Abspann des Films „Versöhnung“. (dt. Übersetzung, Original von I. Rathika)

Es ist an der Zeit, dass politische Entscheidungsträger:innen und zivilgesellschaftliche Akteur:innen ihre Rolle in dem Film „Versöhnung“ überdenken, oberflächliche Gesten hinter sich lassen und nachhaltige und inklusive Prozesse initiieren, die zu Gerechtigkeit und Frieden führen. Nur so kann der Film von einem Flop zu einem Erfolg für die Opfer werden. Für eine dringend notwendige Neuverfilmung des Kinoflops „Versöhnung“ können folgende Lehren gezogen werden:

- 1 Ethnokratie und die Macht der Mehrheit sind tief in den politischen und sozialen Strukturen Sri Lankas verwurzelt. Dadurch ist es schwierig, eine faire und unparteiische Justiz zu gewährleisten.
- 2 Der politische Wille, eine umfassende Übergangsjustiz umzusetzen, fehlt sowohl bei den Machthaber:innen als auch bei der Bevölkerungsmehrheit. Oft scheint es bei den Bemühungen eher darum zu gehen, internationale Geberorganisationen zufriedenzustellen – und weniger darum, die eigentlichen Konfliktursachen anzugehen.
- 3 Die bestehenden rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen sind nicht geeignet, um die Komplexität der Übergangsjustiz zu bewältigen. Reformen sind überfällig. Nur mit ihnen können bessere Bedingungen für Versöhnung entstehen.

Persönliche Nebenbemerkung

Während einer Autofahrt mit einer jungen Besucherin aus den USA wurde ich nach den Nummernschildern in Sri Lanka und der Bedeutung der Abkürzungen WP und NP gefragt. Ich erklärte, dass WP für die Westprovinz und NP für die Nordprovinz steht. Als ein Fahrzeug mit einem Nummernschild vorbeifuhr, das gänzlich anders aussah, erklärte ich ihr, dass dies Singhalesisch sei und es sich um ein Fahrzeug der sri-lankischen Streitkräfte handelte. Neugierig fragte sie, warum zivile Nummernschilder auf Englisch seien. Englisch sei die Sprache, die sowohl die singhalesisch als auch die tamilisch sprechende Bevölkerung verstehen könne, antwortete ich, und dass Sri Lanka zwei Amtssprachen habe. Sie war nicht überzeugt und fragte weiter, warum die Nummernschilder nicht zweisprachig statt Englisch seien, wenn das Land zwei Amtssprachen habe. Resigniert stellte ich fest, dass dieses Beispiel den Stand der Versöhnung und Übergangsjustiz in Sri Lanka auf den Punkt bringt. Englisch ist für beide Gemeinschaften im Land weiterhin eine Behelfslösung, die auch fast 80 Jahre nach der Unabhängigkeit Sri Lankas in Gebrauch ist.

Für mich bleiben folgende Fragen offen: Wann werden ernst gemeinte Prozesse der Versöhnung oder Übergangsjustiz zu unantastbarem Recht in Sri Lanka? Und warum hat sich dieses Recht in einem Land, das überwiegend von internationaler Hilfe über Wasser gehalten wird, noch nicht durchgesetzt?

Empfehlungen

- Politische Entscheidungsträger:innen sollten ein aufrichtiges und nachhaltiges Engagement für Versöhnung und Übergangsjustiz zeigen, um Missstände in allen Gemeinschaften zu adressieren.
- Versöhnungsprozesse müssen inklusiv gestaltet werden und eine konsequente Beteiligung aller betroffenen Gemeinschaften vorsehen.
- Rechtliche und institutionelle Reformen müssen es Mechanismen der Übergangsjustiz, wie etwa dem Büro für vermisste Personen (OMP), ermöglichen, unabhängig, transparent und konsequent zu agieren. Dazu müssen sie mit angemessenen Befugnissen und Mitteln ausgestattet werden.
- Die Öffentlichkeit sollte für die Bedeutung von Versöhnung und Übergangsjustiz sensibilisiert werden. Bildungsinitiativen sollten dazu beitragen, Empathie und gegenseitigen Respekt zu fördern.

I. Rathika möchte aufgrund der politischen Situation anonym bleiben. Der Klarname ist der Redaktion bekannt. Der Beitrag wurde aus dem Englischen übersetzt und bearbeitet von Franziska Koch.

7 STRAFFREIHEIT UND INTERNATIONALE STRAFVERFOLGUNG

VON ANDREAS SCHÜLLER

Da es Sri Lanka in den letzten 15 Jahren versäumt hat, die schweren Menschenrechtsverbrechen, die während des Bürgerkriegs begangen wurden, strafrechtlich zu verfolgen, bleibt die internationale Gemeinschaft gefordert, eine Antwort auf die Straflosigkeit in Sri Lanka und die Verweigerungshaltung der sri-lankischen Regierung zu finden. Solange sich Sri Lanka weigert, dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) beizutreten und der UN-Sicherheitsrat den Fall nicht an den IStGH überweist, kann alternativ ein internationales Sondertribunal eingerichtet werden. Die Aufarbeitung der Verbrechen der Vergangenheit ist für die Zukunft des Landes unerlässlich.

Sri Lanka hat es jahrzehntelang versäumt, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Straflosigkeit für schwere Menschenrechtsverbrechen im eigenen Land zu beenden. Die Regierung hat es entgegen ihrer Verpflichtung aus der von ihr mitgetragenen Resolution 30/1 des UN-Menschenrechtsrats aus dem Jahr 2015 abgelehnt, strafrechtliche Mechanismen zur Aufarbeitung von Völkerstraftaten zu schaffen. Da die nationalen Bemühungen wenig Erfolg versprechend bleiben, rücken die internationalen Optionen zunehmend in den Fokus der Diskussion. Zuletzt empfahl der Bericht¹ des OHCHR Sri Lanka Accountability Project der UN im Mai 2024, auf internationaler Ebene rechtliche Verantwortung sicherzustellen und Strafverfahren nach dem Weltrechtsprinzip in Drittstaaten zu führen.

Die Beispiele aus den letzten 15 Jahren zeigen jedoch, dass sich Verfahren in Drittstaaten nach dem Weltrechtsprinzip aus verschiedenen Gründen als schwierig erweisen. Zu den Hindernissen gehören die unzureichenden Ressourcen der für Kriegsverbrechen zuständigen Stellen, die Schwierigkeiten bei der Sicherstellung der internationalen Zusammenarbeit in den Ermittlungen sowie der fehlende Zugriff auf die Täter:innen.

¹ UN OHCHR-Bericht, Accountability for enforced disappearances unter www.ohchr.org/en/documents/thematic-reports/accountability-enforced-disappearances-sri-lanka-ohchr-report.

Extraterritoriale Fälle der letzten 15 Jahre

Das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) forderte 2011 die Außenministerien in Deutschland und der Schweiz auf, Jagath Dias zur Persona non grata zu erklären und ihm damit seinen Diplomatenstatus sowie seine diplomatische Immunität zu entziehen. Er war zu diesem Zeitpunkt stellvertretender Botschafter Sri Lankas. Das Dossier des ECCHR legte die mutmaßliche strafrechtliche Verantwortung des ehemaligen Militärkommandeurs der berüchtigten 57. Division dar.² Die sri-lankische Regierung berief Dias daraufhin aus Deutschland zurück.

Im September 2012 reichte das ECCHR weitere Strafanzeigen in Deutschland ein – zunächst im Namen deutscher Staatsangehöriger, die den brutalen Beschuss in den zivilen Schutzzonen zum Ende des Bürgerkriegs überlebt hatten, und dann 2013 und 2014 für tamilische Überlebende, die in Deutschland Zuflucht vor Kriegsgreueln, Folter, ständiger Überwachung und anhaltender Unterdrückung gesucht hatten. Daraufhin leitete die deutsche Bundesanwaltschaft ein Strukturermittlungsverfahren ein, um Aussagen von Zeug:innen zu sammeln und weitere Beweise zu sichern.

² ECCHR-Fallseite zu Sri Lanka unter www.ecchr.eu/thema/sri-lanka.

Parallel zur deutschen Strukturermittlung nahm das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte 2014 seine Arbeit zur Befragung von Überlebenden und zur Sammlung von Beweisen auf. Zwei Jahre später nutzte das ECCHR den Abschlussbericht dieser Untersuchung wiederum, um bei der Bundesanwaltschaft eine Strafanzeige einzureichen, die eine umfangreiche Sammlung von Beweisen und eine Analyse der militärischen Kommandostruktur Sri Lankas enthielt. Die Anzeige konzentrierte sich auf Völkerstraftaten, die in der letzten Phase des Konflikts begangen wurden, darunter Beschuss von zivilen und humanitären Objekten, Entzug von Nahrungsmitteln und Aushungern, außergerichtliche Tötungen, Verschwindenlassen, Folter und sexualisierte Gewalt. Als Beweismittel dienten der OISL-Bericht der UN, Aussagen von Zeug:innen, Unterlagen von internationalen und nationalen NGOs, Berichte der sri-lankischen Armee, Fotos und Expert:innenberichte. Trotz des umfangreichen Beweismaterials lehnte die Bundesanwaltschaft weitere Ermittlungen ab.

Zwei andere Fälle, in denen gegen sri-lankische Diplomaten Beschwerden eingereicht wurden, z. B. im Vereinigten Königreich gegen den ehemaligen Generalmajor der sri-lankischen Armee, Prasanna De Silva, oder in Brasilien und Kolumbien gegen den Botschafter Sri Lankas in Lateinamerika, General Jagath Jayasuriya, führten zwar zur Abberufung der Diplomaten, hatten aber keine nennenswerten strafrechtlichen Ermittlungen in diesen Ländern zur Folge.

Das Ergebnis ist eine anhaltende Straflosigkeit für Täter:innen, die in Sri Lanka z. T. einflussreiche Positionen einnehmen und auf internationaler Ebene in diplomatische Ämter eingesetzt werden. Extraterritoriale Fälle in Drittstaaten sollten weiterhin als Option verfolgt werden, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Dazu müssen Staaten sich bereit erklären, zusammenzuarbeiten und Ressourcen für Ermittlungen bereitzustellen.

Zukünftige Optionen auf internationaler Ebene

Solange dies nicht der Fall ist, bleibt ein UN-Untersuchungsmechanismus die wichtigste Einrichtung, um Beweise zu sichern und zu gewährleisten, dass die in Sri Lanka begangenen massenhaften Gräueltaten sowie die fortgesetzten systematischen Verbrechen nicht straflos bleiben. Ein solcher Mechanismus reduziert wichtige Lücken in den internationalen Ermittlungen und könnte die Strafverfolgung in Drittstaaten erleichtern, unterstützen und fördern, so wie etwa der internationale, unparteiische und unabhängige Mechanismus (International, Impartial and Independent Mechanism, IIIM) in Bezug auf Fälle zu Syrien.



UN-Menschenrechtsrat in Genf. (Foto: Franziska Koch, 2023)

Sich darauf zu verlassen, dass ausländische Gerichtsbarkeiten die Last der Strafverfolgung für die schweren Verbrechen Sri Lankas tragen, hat in der Vergangenheit nicht funktioniert. Der IStGH hat keine Zuständigkeit, und in Sri Lanka fehlt der politische Wille, Resolutionen des UN-Menschenrechtsrats umzusetzen und eine internationalisierte Gerichtskammer einzurichten. Drittstaaten können, wenn überhaupt, nur sehr punktuell einzelne Verfahren führen. Damit die Ermittlungsergebnisse auf UN-Ebene sowie von NGOs in eine Strafverfolgung vor Gericht einfließen können, bleibt als letzte Option ein Sondertribunal.

Die internationale Staatengemeinschaft ist weiterhin gefordert, eine Antwort auf die Straflosigkeit in Sri Lanka und die Verweigerungshaltung der sri-lankischen Regierungen zu finden. Für die Zukunft des Landes ist die Aufarbeitung vergangener Verbrechen wichtig. International muss das Völkerrecht durchgesetzt und nicht einer Terrorismusbekämpfung ohne jegliche rechtliche Beschränkungen geopfert werden, da die langfristigen Folgen dieser Straf- und Rechtlosigkeit verheerend bleiben – nicht nur in Sri Lanka.

Andreas Schüller leitet den Programmbereich Völkerstraftaten und rechtliche Verantwortung beim European Center for Constitutional and Human Rights e. V.

8 CHANCEN FÜR FRIEDEN UND VERSÖHNUNG DURCH GEMEINSAME WERTE UND PARTIZIPATIVE ENTSCHEIDUNGSFINDUNG

VON NAWAZ MOHAMMED UND KELSEY HAMPTON

15 Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs erholt sich Sri Lanka noch immer von kollektivem Trauma, Misstrauen und Gewalt. Singhales:innen und Tamil:innen haben unterschiedliche Sichtweisen auf den Krieg und darauf, was sie von ihrer Regierung erwarten. Neu aufkommende Spannungen zwischen den Gemeinschaften untergraben das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, für Sicherheit zu sorgen und Missstände zu beseitigen, zumal Minderheiten häufig für Probleme verantwortlich gemacht werden. Angesichts des begrenzten Erfolgs früherer Versöhnungsinitiativen, die sich mehr auf Sicherheit und nationalistische Ziele anstatt auf Heilung und sozialen Zusammenhalt konzentrierten, ist die sri-lankische Bevölkerung gegenüber den aktuellen Bemühungen skeptisch.

Seit Kriegsende haben die Regierungen Sri Lankas verschiedene Versöhnungsmaßnahmen verfolgt. Auch die derzeitige Regierung unter Präsident Wickremesinghe legte im Mai 2023 einen Plan für eine Kommission für nationale Einheit und Versöhnung (NURC) vor. Sie soll Berichten zufolge die Schwachstellen vergangener Versöhnungsmaßnahmen aufarbeiten, indem sie die Ursachen der Gewalt ermittelt und die Aufklärung der Bürgerkriegsverbrechen vorantreibt.

Die bisherigen Anstöße zu Versöhnungsprozessen wurden von Minderheiten und Menschenrechtsorganisationen größtenteils als Ablenkungsmanöver für die internationale Gemeinschaft gewertet und nicht als Schritte zu echtem Frieden und Versöhnung. Viele stellen infrage, ob die NURC wirkungsvoll agieren wird, insbesondere wenn die bevorstehenden Wahlen eine Regierung hervorbringen sollte, die nicht bereit ist, den aktuellen Bemühungen Priorität einzuräumen. Um Frieden und sozialen Zusammenhalt langfristig zu sichern, sind folgende Schritte erforderlich:

Vertrauensbildung und Abbau der Polarisierung

Die Anschläge am Ostersonntag 2019 haben gezeigt, wie stark auch heute noch die interethnischen und interreligiösen Spannungen in der Gesellschaft sind, die u.a. wegen des fehlenden öffentlichen Dialogs über die Gewalt der Vergangenheit fortbestehen. Die nationale Narrative des Konflikts zeichnet ein einseitiges Opferbild und lässt wenig Raum für alternative Erfahrungen. Die Möglichkeit des Gedenkens ist wichtiger Bestandteil der Versöhnung, da sie den Betroffenen ermöglicht, ihr Verständnis und ihre Empathie zu verbessern, indem alle Seiten des Konflikts beleuchtet werden. Durch die Kombination von mündlicher Überlieferung, Dokumentation, Dialog und Engagement zwischen entfremdeten Gemeinschaften in Projekten wie der „Memory Map“ von Search for Common Ground können Werte wie Verständnis, Empathie, kollektiver Gewaltverzicht, Verantwortungsübernahme und Widerstandsfähigkeit in Zukunft gefördert werden.¹ Um den Grundstein für

¹ Mehr Informationen zu den Projekten „Memory Map“ und dem „Traveling History Museum“ von Search for Common Ground unter <https://memory-map.lk> und www.sfcg.org/project/the-traveling-history-museum.

eine gemeinsame Zukunft zu legen, ist es für die sri-lankische Gesellschaft von entscheidender Bedeutung, ihre Erfahrungen austauschen zu können – insbesondere wenn diese von den Narrativen der Mehrheit abweichen. Um Polarisierung ab- und Vertrauen zwischen den Gemeinschaften aufzubauen, müssen unterschiedliche Erfahrungen und Geschichten nebeneinander existieren dürfen und respektiert werden. So können Beziehungen gestärkt und sozialer Zusammenhalt gefördert werden.

Partizipation der jungen Generation

Alter spielt in diesem Kontext eine wichtige Rolle: Diejenigen, die alt genug sind, um sich an die Anfänge des Krieges vor 45 Jahren zu erinnern oder gar in den ersten Kriegsjahren beteiligt waren, haben andere Erinnerungen als junge Menschen, die seit dem Kriegsende vor 15 Jahren in relativem Frieden leben. Dennoch werden Traumata und Vorurteile, die mit den Kriegserfahrungen zusammenhängen, häufig über Generationen hinweg weitergegeben. Dies kann zu Entfremdung und Gewalt selbst bei denjenigen führen, die den Krieg nicht miterlebt haben. Deshalb ist es wichtig, die Teilhabe am politischen und sozialen Leben von traditionell marginalisierten Gruppen zu fördern. Wenn junge Menschen in die Lage versetzt werden, Versöhnung in ihren Gemeinschaften zu fördern, können sie nachhaltig sozialen Zusammenhalt und Vertrauensbildung unterstützen.²

In den letzten Jahren kam es zu einem erheblichen Anstieg an Hassreden und Desinformation in den sozialen Medien, die zu einer Gewalteskalation zwischen den Gemeinschaften geführt haben. Junge Menschen sind nach einer Schulung durch Search for Common Ground in der Nutzung von sozialen Medien und nach Vermittlung von Medienkompetenz dazu befähigt, Hassreden und Falschinformationen zu erkennen, ihnen entgegenzuwirken und stattdessen für positive Inhalte und Toleranz zu werben.³

Versöhnung auf nationaler und kommunaler Ebene

In der Regel ist die Unterstützung der sri-lankischen Zivilgesellschaft für staatliche Versöhnungsbemühungen gering. Lokale, zivilgesellschaftliche Versöhnungsinitiativen werden hingegen meist positiv von der Bevölkerung aufgenommen. Politische Analyst:innen schreiben kommunalen und informellen Versöhnungsinitiativen in den nächsten fünf Jahren eine wichtige Rolle zu, da sie fürchten, dass staatlichen Initiativen wahrscheinlich keine ernsthafte Priorität eingeräumt wird. Formelle Bemühungen um Wahrheitsfindung, Versöhnung, Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit sollten parallel zu kommunalen und informellen Bemühungen gedacht werden, die den Schwerpunkt auf Inklusion, Partizipation und Empathie legen. So könnten die Aktivitäten auf lokaler Ebene fortgesetzt werden, selbst wenn die staatlichen Anstrengungen nicht fruchten oder stagnieren. Alle Versöhnungsinitiativen müssen sich erst beweisen und einen relevanten und praktischen Beitrag zur Verständigung zwischen den Gemeinschaften leisten. Sie sollten die Resilienz stärken und auf die alltäglichen Bedürfnisse der Menschen abzielen, damit es neben dem anvisierten Frieden auch greifbare Verbesserungen in ihrem Leben gibt. Die Umsetzung der immer gleichen Aktivitäten mit wenig Erfolg lässt die Menschen frustriert zurück. Deshalb liegt es auf der Hand, dass ein anderer Weg eingeschlagen werden muss.

In der Zwischenzeit sollte die internationale Gemeinschaft den Dialog mit der Regierung Sri Lankas aufrechterhalten. Sie sollte dazu angehalten werden, staatliche Versöhnungsinitiativen und -bemühungen zu unterstützen, die auf den Erfahrungen der bisherigen Versöhnungsmaßnahmen aufbauen, um den Opfern und ihren Familien Aufklärung widerfahren zu lassen und für Rechenschaft und Gerechtigkeit zu sorgen. Die sri-lankische Regierung muss ihre eigene Rolle in den Kriegsgeschehnissen anerkennen, Verantwortung übernehmen und einen öffentlichen Diskurs ermöglichen, der unterschiedliche Stimmen zu Wort kommen lässt. Die internationale Gemeinschaft kann sie dabei unterstützen, indem sie Erfahrungen z. B. aus Südafrika, Nordirland oder Ruanda einbringt und so Sri Lanka hilft, geeignete Ansätze zu entwickeln, die vielfältige Perspektiven einbeziehen und dem gegenseitigen Vertrauen den Vorzug geben.

² Mehr Informationen zu den Projekten „Young Women in Learning and Leadership“ und „Youth as Active and Responsible Citizens“ von Search for Common Ground unter www.sfcg.org/project/young-women-in-learning-and-leadership und www.sfcg.org/project/youth-as-active-and-responsible-citizens-youth-act.

³ Mehr Informationen zu den Projekten „Cyber Guardians“ und „We-digital Heroes: Youth in Digital Peacebuilding“ unter https://documents.sfcg.org/wp-content/uploads/2020/05/SFCG-Sri_Lanka_Cyber_Guardians_Final_Evaluation_2020.pdf und www.sfcg.org/project/we-digital-heroes-youth-in-digital-peacebuilding.

Nawaz Mohammed, Leiter des Colombo-Büros, und Kelsey Hampton, Friedensexpertin für Asien, arbeiten für Search for Common Ground. Der Beitrag wurde aus dem Englischen übersetzt und bearbeitet von Franziska Koch.



Die Sri Lanka Advocacy (SLA) ist ein Netzwerk deutscher Organisationen, das sich der Verbesserung der Menschenrechtssituation und Förderung der Rechtsstaatlichkeit in Sri Lanka verschrieben hat. Bei der Arbeit des Netzwerks steht die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen vor Ort im Fokus. Ziel ist es, Aufmerksamkeit in Deutschland für die politische, soziale, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Situation in Sri Lanka zu generieren.

Seit der Netzwerkgründung im Jahr 2010 konzentriert sich die Arbeit der SLA auf die Förderung der Friedens-, Versöhnungs- und Demokratisierungsprozesse in Sri Lanka mit Mitteln der Advocacy, der Netzwerk- und der Öffentlichkeitsarbeit gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung, der Europäischen Union sowie den UN-Menschenrechtsinstitutionen in Genf.

ISBN 978-3-00-079945-7